

# Rundbrief 2-2021

## Brief der Geschäftsführerin

### Veranstaltungen

- 4 Geschäftsstelle
- 6 Junge DGO
- 9 Zweigstellen

### Publikationen

- 12 Zeitschrift OSTEUROPA
- 17 Zeitschrift OSTEUROPA-Recht
- 20 Länder-Analysen

### Mitglieder

- 22 Veröffentlichungen
- 23 Personalien
- 24 Junge DGO

### Aktuelles aus der Osteuropaforschung

- 26 Bedarfsanalyse Osteuropaforschung: Welches Osteuropa-Wissen wird gebraucht?

### Veranstaltungsberichte

- 32 Die Zukunft von Belarus
- 35 Capitalism and Socialism Through the Russian Prism.  
Lineages of Concept Formation and the (Post)-Soviet Experience
- 40 Emanzipation in Belarus, Polen und (Ost-)Deutschland.  
Konzepte und Realitäten aus der Perspektive von Frauen
- 43 Authority and Medical Expertise:  
Health as a Social Good and Political Argument in Eastern Europe, Russia and Beyond
- 45 Ist es leicht, jung zu sein?  
Ein Gespräch über die sowjetische Jugend, die Perestroika und das Ende der Sowjetunion
- 48 Jenseits der Nostalgie. Neuaneignungen des Spätsozialismus in osteuropäischen  
Gegenwartskulturen
- 51 From Berlin Wall to New Conflict: Eastern European Cleavages and Encounters
- 54 Russland und der European Green Deal – Konfrontation oder Perspektive für Zusammenarbeit?

### Impressum

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Mitglieder,

das vergangene Jahr bot viele Anlässe für einen Rückblick auf den Zusammenbruch der Sowjetunion vor 30 Jahren. Die DGO beteiligte sich in der zweiten Jahreshälfte unter anderem an der Veranstaltungsreihe *Kpax [krach] 1991. Der Zerfall der Sowjetunion und seine Folgen* mit Podiumsdiskussionen, Buchpräsentationen, Filmvorführungen und einer virtuellen Fotoausstellung. Auch die Entwicklung der postsowjetischen Staaten Ukraine und Belarus seit ihrer Unabhängigkeit war Thema zweier Veranstaltungen. Und die Fachtagung Literatur- und Kulturwissenschaften analysierte den heutigen künstlerischen Umgang mit der ausgehenden Sowjetunion *Jenseits der Nostalgie*.

Die Länder-Analysen boten im Herbst einen vergleichenden Blick auf die Auswirkungen der Transformation in den postsozialistischen Staaten. Die Zeitschrift OSTEUROPA-Recht analysiert in den letzten beiden Ausgaben die rechtlichen Grundlagen des Umweltschutzes in Ostmittel- und Osteuropa sowie den Umgang mit der UN-Frauenrechtskonvention in unterschiedlichen Ländern des östlichen Europas. Die aktuellen Entwicklungen in Ostmittel- und Osteuropa standen im Zentrum der Zeitschrift OSTEUROPA. Das Länderheft *Schlüsselland Tschechien* beleuchtet die Krise der repräsentativen Demokratie ebenso wie den rasanten wirtschaftlichen Aufschwung des Landes. Das Heft *Der Geist der Zeit* widmet sich der rhetorischen und der militärischen Aufrüstung Russlands, die sich zunehmend gegen das Nachbarland Ukraine richtet. Auch die Junge DGO griff mit einer Veranstaltung zur dramatischen Situation von eingeschleusten Flüchtlingen an der belarussisch-polnischen Grenze ein hoch aktuelles Thema auf.

Die zunehmenden Repressionen gegen die Zivilgesellschaft in Russland erlebten im Dezember mit dem Verbot der Menschenrechtsorganisation Memorial einen neuen Höhepunkt. Memorial ist ein langjähriger Partner der DGO, die sich deshalb an mehreren nationalen und internationalen Protestaufrufen beteiligte. Mit seinem vielfältigen Archiv zum Stalinismus, den historischen Dokumentationen und Interviewprojekten ist Memorial auch für Wissenschaftler\*innen eine unschätzbare Quelle. Die Zwangsschließung ist damit auch ein weiterer Schlag gegen die Wissenschaftsfreiheit in



Gabriele Freitag  
Geschäftsführerin  
DGO

Russland. Die Forschungsfelder und Handlungsmöglichkeiten für Wissenschaftler\*innen werden nicht nur in Russland zunehmend enger. Dies wirkt sich auch auf die internationalen wissenschaftlichen Kooperationen aus - ein Thema, mit dem die DGO sich als Wissenschaftsverband künftig noch stärker beschäftigen wird.

Im vorliegenden Rundbrief stellen wir auch eine Bedarfsanalyse zur Osteuropaforschung vor. Das Projekt der Europa-Universität Viadrina fragt danach, welches Wissen und welche Kompetenzen mit Bezug auf das östliche Europa in der deutschen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik nachgefragt werden. Die Studie bietet auch Ausblicke auf Zukunftsthemen, die im Hinblick auf das östliche Europa an Bedeutung gewinnen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihre

A handwritten signature in black ink that reads "Gabriel Freitag". The signature is written in a cursive, flowing style.



Olga Shparaga





# Veranstaltungen

## Geschäftsstelle: Vorschau

Datum / Ort	Titel	Kooperationspartner
6. Februar – 31. März, online	<b>Fotoausstellung</b> <b>Florian Bachmeier – IN LIMBO – Ukraine 2013 – 2021</b>	Galerie und Verlag Buchkunst, Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. und weitere
2. März, Berlin und online	Podiumsdiskussion <b>Der Krieg in der Ukraine – über einen Alltag zwischen Kämpfen und Dialogversuchen</b>	OWEN – Mobile Akademie für Geschlechterdemokratie und Friedensförderung e.V.
28. März, Prag	Podiumsdiskussion <b>Schlüsselland Tschechien</b> <b>Politik und Gesellschaft in der Mitte Europas</b>	Deutsche Botschaft Prag und Zeitschrift OSTEUROPA
1.–3. Juni, Berlin	Bildungsurlaub <b>Von Krieg und Frieden: Russland in Europa I</b> <b>EU und Russland in der Krise</b>	Europäische Akademie Berlin
16.–17. Juni, Bonn und online	DGO-Jahrestagung <b>Umgang mit autoritären Regimen im</b> <b>östlichen Europa (Arbeitstitel)</b>	

## Geschäftsstelle: Rückschau

Datum / Ort	Titel	Kooperationspartner
23. Juni, Berlin	Vernissage <b>BELARUS LEBT!</b>	Pilecki-Institut Berlin
6. September, Berlin und online	Podiumsdiskussion <b>Die Zukunft von Belarus</b>	
22.–24. September, Berlin	Workshop <b>Capitalism and Socialism in Russia</b> <b>Concept Formation and the (Post-)Soviet Experience</b>	Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin
27. September, Berlin	Podiumsdiskussion <b>Emanzipation in Belarus, Polen und</b> <b>(Ost-)Deutschland. Konzepte und Realitäten aus</b> <b>der Perspektive von Frauen</b>	OWEN – Mobile Akademie für Geschlechterdemokratie und Friedensförderung e.V.

Datum / Ort	Titel	Kooperationspartner
30. September – 2. Oktober, Zürich	Tagung <b>28. Tagung Junger Osteuropa-Expert*innen (JOE)</b>	Forschungsstelle Osteuropa (FSO) an der Universität Bremen und Center for Eastern European Studies (CEES) an der Universität Zürich
6.–7. Oktober, Berlin und online	Fachtagung Politik- und Sozialwissenschaften <b>The New Belarus: Societal Change, Regime Repression, and Western Reactions</b>	Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS)
6. Oktober, online	Podiumsdiskussion <b>Tschechien vor der Wahl</b>	
20.–21. Oktober, online	Fachtagung Geschichte <b>Authority and Medical Expertise Health as a Social Good and Political Argument in Eastern Europe, Russia and Beyond</b>	Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung und Deutsch-Polnische Gesellschaft für Geschichte der Medizin e.V.
22. Oktober, online	Podiumsdiskussion <b>Aktuelle Forschungen zum Stalinismus in Belarus</b>	
	<b>Veranstaltungsreihe KRACH 1991</b>	
24. Oktober, Berlin und online	Podiumsdiskussion <b>Ist es leicht, jung zu sein? Ein Gespräch über die sowjetische Jugend, die Perestroika und das Ende der Sowjetunion</b>	Forschungsstelle Osteuropa (FSO, Bremen), Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS, Regensburg) und Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF, Potsdam)
2. November, Berlin und online	Buchpräsentation <b>Soviet Daughter – A Graphic Revolution</b>	
11. November, online	Podiumsdiskussion <b>Live und direkt – Nachrichten aus dem Untergang</b>	
1. Dezember, online	Podiumsdiskussion <b>Das Ende der Sowjetunion und der Neubeginn der Geschichte. Historiker*innen als Zeitzeug*innen</b>	
6. Dezember, Bremen	Filmvorführung <b>„Такси-блюз“ („Taxi Blues“)</b>	
8. Dezember, Regensburg	Filmvorführung <b>„Такси-блюз“ („Taxi Blues“)</b>	
16. Dezember, online	Vernissage <b>Тридцать лет спустя [Dreißig Jahre später] Private Bilderinnerungen an das Ende der Sowjetunion</b>	



Datum / Ort	Titel	Kooperationspartner
11.–12. November, Berlin	Konferenz <b>UKRAINE 30</b> <b>30 Jahre Unabhängigkeit: Erinnerung und Gegenwart</b>	Bundeszentrale für politische Bildung, Zeitschrift OSTEUROPA und Zentrum Liberale Moderne
11.–12. November, Berlin	Fachtagung Literatur- und Kulturwissenschaften <b>Jenseits der Nostalgie. Neuaneignungen des Spätsozialismus in osteuropäischen Gegenwartskulturen</b>	Leibniz-Zentrum für Literatur- und Kulturforschung Berlin und Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU)
12.–13. November, Berlin	Symposium <b>From Berlin Wall to New Conflict: Eastern European Cleavages and Encounters</b>	Freie Universität Berlin
15. November, Berlin	Russische Alternativen <b>Russland und der „Green Deal“ der EU – Konfrontation oder Perspektive für Zusammenarbeit?</b>	Heinrich-Böll-Stiftung
19. November, Berlin	Minsk Forum XIX <b>BY – 30 Years of Independence History, Civil Society, Culture, Business and Foreign Policy</b>	deutsch-belarussische gesellschaft e.V. (dbg, Berlin)
23. November, online	Podiumsdiskussion <b>Memorial in Gefahr. Der Druck auf die russische Zivilgesellschaft und die Folgen für die deutsch-russischen Beziehungen</b>	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP, Berlin) und Memorial Deutschland
25. November, online	Podiumsdiskussion <b>Die Vergegenwärtigung des Shtetls: Jüdische Geschichte und Public History in Belarus</b>	Georg-August-Universität Göttingen
8. Dezember, online	Podiumsdiskussion <b>30 Jahre Unabhängigkeit der Republik Belarus</b>	Justus-Liebig-Universität Gießen

## Junge DGO: Vorschau

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
27. Januar, online	#1hjungeDGOonWeb <b>Nach den Unruhen in Kasachstan: Protest und Stabilität in Zentralasien</b>	Christoph Strauch Vera Rogova (Bonn)
16. Februar, online	DGO Online-Kolloquium <b>Der Klang des Imperiums. Musik und Identität in Tiflis/Tbilisi um 1900</b>	Jonas Löffler (Köln)



## Junge DGO: Rückschau

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
25. August, online	DGO Online-Kolloquium <b>Geschichte(n) schreiben. Fakt, Fiktion und Narration und ihre Wirkmächtigkeit im Osteuropa des 19. Jahrhunderts</b>	Matthias Melcher (München)
29. September, online	DGO Online-Kolloquium <b>Der Südkaukasus als Konstruktion eines transnationalen Raumes</b>	Mikael Evdokimov (Wien)
29. September, online	#nachgehakt <b>Duma-Wahlen in Russland</b>	Boris Ginzburg (Berlin)
15. Oktober, Marburg	Workshop <b>ZUKUNFT OSTEUROPA</b>	in Kooperation mit dem Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung
17. November, online	Vortrag <b>Zwischen Cyber Warfare und Digital Shelter: Der Kosovokrieg und das Internet</b>	Elisa Satjukow (Leipzig)
18. November, online	#1hJungeDGOonWeb <b>Micro-politics from a Macro-initiative: Study of Belt and Road Projects in Kazakhstan and Kyrgyzstan</b>	Oyuna Baldakova (Berlin)
7. Dezember, online	#1hJungeDGOonWeb extended <b>Reporting from war zones</b>	Kateryna Malofieieva (Kyiv) Thore Schröder (Beirut) Abit Hoxta (Agda/München) Ricardo Bergmann (Yerevan)

## Regionalgruppen der Jungen DGO: Vorschau

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
<b>Bamberg/Erlangen</b>		
21.–22. Januar, Bamberg	Nachwuchsworkshop <b>Crossing Disciplinary Boundaries: Junge Perspektiven auf Interdisziplinarität in der Osteuropaforschung</b>	Alexander Libman (Berlin)

## Regionalgruppen der Jungen DGO: Rückschau

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
<b>Bamberg/Erlangen</b>		
22. November, Bamberg	Vernissage und Diskussion „Die Schöpfung“	Kirill Wedernikow (Wladimir)
<b>Berlin/ Brandenburg</b>		
10. August, Frankfurt (Oder)	Filmpremiere und Diskussion <b>Holodomor – The genocide that never found an end (2021)</b>	Regisseur Hemlock (Berlin) Frank Grelka (Frankfurt (Oder))  In Kooperation mit der DGO-Zweigstelle Frankfurt (Oder)
13. Oktober, Frankfurt (Oder) und online	Podiumsdiskussion <b>Zukunft Osteuropa? Wissenschaftspolitische Perspektiven auf Ost- und Südosteuropaforschung</b>	Zsófia Turóczy (Leipzig) Wolfgang Höpken (Leipzig) Susann Worschech (Frankfurt (Oder)) Katharina Bahlmann (Mainz)
13. Dezember, online	Podiumsdiskussion <b>Solidarity on the Border: The Role of Civilian Activists in the Poland-Belarus Migrant Crisis</b>	Nadja Sieffert (Berlin)  In Kooperation mit <i>In Feminis Veritas</i>
<b>Bremen</b>		
6. September – 15. Oktober, Bremen	Fotoausstellung zum 35. Jahrestag <b>Chernobyl Memory Tour</b>	Bilder von: Susanne Schattenberg (Bremen) Michael Rochlitz (Bremen)
<b>München</b>		
21. Oktober, München	Stadtspaziergang <b>Stadtspaziergang Osteuropa in München</b>	Tabea Roschka (München)
18. November, online	Filmscreening und Diskussion <b>Filmscreening FELVÍDEK – HORNÁ ZEM</b>	Vladislava Plančíková-Sarkány
8. Dezember, online	Filmscreening und Diskussion <b>The Right to Memory. Film and discussion with film director Ludmila Gordon</b>	Ludmila Gordon (Washington)

## Zweigstellen: Vorschau

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
<b>Bochum</b>		
26. Januar, online	Vortrag <b>Das Zukunftsbild der neuen Generation in Belarus, Russland und Ukraine</b>	Anna Cherednichenko (Bonn)  Ein Projekt der Boris Nemtsov Stiftung für die Freiheit
<b>Dresden</b>		
10. März, Dresden	Vortrag <b>Aktuelle Entwicklungen in der russischen Rechtsordnung Umsetzung der Verfassungsreform und Stellung der Zivilgesellschaft</b>	Antje Himmelreich (Regensburg)
<b>Köln</b>		
8. März, Köln	Lesung und Gespräch <b>A Loss. The Story of a Dead Soldier Told by His Sister</b>	Olesya Khromeychuk (London)

## Zweigstellen: Rückschau

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
<b>Bochum</b>		
15. Dezember, online	Filmvortrag <b>Zukunftsvisionen im sowjetischen Film</b>	Alexander Jakobidze-Gitman (Witten-Herdeke)
<b>Bonn/Köln</b>		
1. September, Köln	Podiumsdiskussion <b>Babyn Jar Der Ort, die Tat und die Erinnerung</b>	Bert Hoppe (Berlin) Manfred Sapper (Berlin)
<b>Bremen</b>		
11. September, Bremen	Vortrag <b>Wissen um 11 Auf dem Weg zum transnationalen Katastrophengedächtnis: Tschernobyl als deutsch-ukrainischer Erinnerungsort</b>	Sofiya Bohoslavets (Bonn)
<b>Dresden</b>		
9. September, Dresden	Vortrag <b>Polen: Demokratie in Gefahr?</b>	Stefan Garsztecki (Chemnitz)



Datum / Ort	Titel	Referent*innen
11. November, Dresden	Filmaufführung „Raskolnikow“ (1923) <b>Fedor Dostoevskij – 200. Geburtstag</b>	Brigitte Schultze (Mainz) Beata Weinhagen (Mainz) Christoph Garstka (Bochum) Annette Teufel (Dresden)
12. November, Dresden und online	Konferenz <b>Fedor Dostoevskij – 200. Geburtstag</b>	Rainer Goldt (Mainz) Christoph Garstka (Bochum) Dmytro Memari Fard (Dresden) Artem Schmidt (Dresden) Holger Kuße (Dresden) Vladimir Kantor (Moskau) Konstantin Barsht (Moskau) Marina Kiseleva (Moskau)
<b>Gießen/Marburg</b>		
16. November, online	Podiumsdiskussion <b>30 Years of the Republic of Belarus. State and Society in Transition</b>	Andrej Machovskij (Minsk) Iryna Ramanava (Vilnius)
30. November, online	Vortrag <b>Antisemitismus und Antizionismus in der BSSR nach dem arabisch-israelischen Sechstagekrieg</b>	Alexander Friedman (Saarbrücken)
14. Dezember, online	Podiumsdiskussion <b>Legacies of Communism. Eine Bilanz der sowjetischen Geschichte</b>	Juliane Fürst (Potsdam) Jan Behrends (Potsdam)
<b>Kiel</b>		
25. November, Kiel	Vortrag <b>Successes and Failures of Private International Law in Belarus</b>	Elena Babkina (Kiel)
<b>Tübingen</b>		
8. v. November, online	Vortrag <b>Mit Vorsicht und Bedachtsamkeit. Werner Markert als Historiker und Weichensteller</b>	Thorsten Zachary (Tübingen)



Vortragssaal

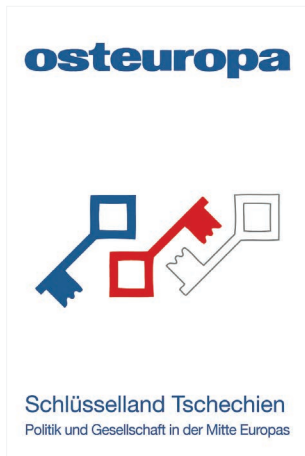


Christian Lotz



# Publikationen

## OSTEUROPA



Tschechien – klein und randständig? Mitnichten. Tschechien ist ein wichtiger Nachbar Deutschlands und ein Schlüsselland zum Verständnis vieler Geschehnisse in der Mitte Europas. Im Oktober wählt Tschechien ein neues Parlament und der neue OSTEUROPA-Band 4-6/2021 „Schlüsselland Tschechien. Politik und Gesellschaft in der Mitte Europas“ bietet Einblicke in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur des Landes.

Überblicksdarstellungen zur 1000jährigen Religionsgeschichte in Böhmen und zur Geschichte der Tschechoslowakei zeigen Determinanten der tschechischen Staatlichkeit und des Nationsverständnisses auf. Studien zur Lage der Demokratie, zum Parteiensystem und zu den tschechischen Regionen sind vergleichend angelegt und verweisen auf Gemeinsamkeiten wie Unterschiede zu den ostmitteleuropäischen Nachbarstaaten Tschechiens. Im Abschnitt Grenzen der Globalisierung geht es um die deutsch-tschechischen Beziehungen, die tschechische Europapolitik, die Migrations- und Asylpolitik sowie das Verhältnis zu den Großmächten USA, Russland und China. Zentrale Studien widmen sich den Strukturen der Volkswirtschaft, der Energiepolitik und dem Verkehrssektor. Weitere Themen sind die Lage der Presse, die Genderbeziehungen, das nationale Selbstverständnis im Spiegel des tschechischen Films, die Entwicklung der tschechischen Literatur seit 1945 und der Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit in Öffentlichkeit und historischer Forschung.

Der Band umfasst 432 Seiten, 24 Karten und 69 Abbildungen. DGO-Mitglieder können ihn für 25,00 € (statt 32,00 €) zzgl. Versandkosten bestellen.

### Inhalt

#### EDITORIAL

Schlüsselland Tschechien

#### **Martin Schulze Wessel**

Die Tschechoslowakei

Grundprobleme eines Staates (1918–1992)

#### **Miroslav Kunštát**

„Gott ist weg, aber sein Geruch bleibt“

Kirche, Religion und Staat in Tschechien

#### **Alfrun Kliems**

Stadt, Land, Wald

Raubbilder im tschechischen Film der Jahrtausendwende

#### ELEMENTE UND URSPRÜNGE PRAGER POLITIK

#### **Kai-Olaf Lang, Volker Weichsel**

Konflikt statt Kampf

Ein Gespräch über Politik und Gesellschaft in Tschechien

#### **Vlastimil Havlík, Martin Mejstřík**

Parteien vor dem Aus?

Die Krise der repräsentativen Demokratie in Tschechien

#### **Ondřej Čiřař, Michal Kubát**

Populismus in Tschechien

Ein ostmitteleuropäischer Regionalvergleich



**Stanislav Balík**

Tschechiens Regionen  
Ein ostmitteleuropäischer Vergleich

**Zuzana Lizcová**

Unter Druck  
Zur Lage der Presse in Tschechien

**Christiane Brenner**

Frauen, Männer, Dada?  
Tschechische Geschlechtergeschichte

## GRENZEN DER GLOBALISIERUNG

**Vladimír Handl**

Vertraute Fremde  
Die tschechisch-deutschen Beziehungen, 1989–2021

**Zdeněk Sychra**

Traum, Alptraum, Realität  
Die tschechische Europapolitik

**Ondřej Ditrych**

Große Mächte, kleine Welt  
Die USA, Russland und China in Tschechiens Außenpolitik

**Markéta Klásková**

Begrenzte Mobilität  
Tschechien im internationalen Migrationssystem

MENSCHENRECHTE IN DER AUSSENPOLITIK.  
DOKUMENTATION EINER TSCHECHISCHEN DEBATTE**Petr Drulák**

Menschenrechte als Gefahr für die Außenpolitik

**Šimon Pánek**

„Menschenrechte als Gefahr für die Außenpolitik?“  
Eine Antwort auf Petr Drulák

**Rudolf Fürst**

China und die Menschenrechte  
Anmerkungen zu einer verfehlten Debatte

**Jakub Eberle**

Rüstungsexporte und Menschenrechte  
Blinde Flecken einer Debatte

## VOM WOHLSTAND DER NATION

**Petr Zahradník**

Exportweltmeister Tschechien?  
Grundlagen und Abgründe eines Wirtschaftsmodells

**Zuzana Lizcová**

Silicon Valley statt verlängerte Werkbank?  
Tschechien in der globalen Wissensgesellschaft

**Tomáš Ehler**

Autarkie und Selbstbestimmung  
Tschechiens Energiepolitik im europäischen Spannungsfeld

**Marcela Efmertova, Jan Mikeš, Jaroslav Knápek**

Elektrifizierung und Europäisierung  
Kleine Geschichte der Stromverbundnetze in Tschechien

**Tomáš Nigrin, Pavel Szobi**

Tschechiens Verkehrssektor  
Nationale und europäische Wege

## DAS JAHRHUNDERT DER EXTREME

**Jiří Holý**

Bleierne und goldene Zeiten  
Tschechische Literatur seit 1945

**Michal Pullmann**

Umstrittene Vergangenheit  
Debatten über die kommunistische Herrschaft in Tschechien

**Pavel Kolář**

Denkanstoß Prager Frühling  
Zwischen Desillusion, Trauer und Melancholie



Der OSTEUROPA-Band 7/2021 „Der Geist der Zeit. Kriegsreden aus Russland“ widmet sich dem Geist, der das Denken der politischen Führungsschicht in Russland im Jahr 2021 prägt. Er dokumentiert einen Namensartikel von Präsident Putin zur „Historische[n] Einheit der Russen und der Ukrainer“ sowie einen Text über den „Dritten Kalten Krieg“ von Sergej Karaganov. Andreas Kappeler und Jan Behrends liefern kritische Analysen. Für eine konstruktivere russische Ukrainepolitik wirbt Dmitrij Trenin. Außerdem im Heft: Verschärfte Kontrolle der Parteien nach der Dumawahl, Russlands Truppenübungen, Der USA-Russland-Gipfel in Genf, Auswirkungen der Wasserblockade auf der Krim, der Zustand der Osteuropa-Forschung in Deutschland.

Der Band umfasst 160 Seiten und 28 Abbildungen. DGO-Mitglieder können ihn für 11,00 € (statt 16,00 €) zzgl. Versandkosten bestellen.

## Inhalt

EDITORIAL  
Der Geist der Zeit

**Tat'jana Stanovaja**  
Administrierte Parteien  
Verschärfte Kontrolle nach der Dumawahl

**Pavel Fel'gengauer**  
Marsch nach Westen  
Ein riskantes Spiel: Russlands Truppenübungen

**Sergej Karaganov**  
Vom dritten Kalten Krieg

**Martin Malek**  
Der Gipfel  
Russland–USA. Eine Beziehungsanalyse

### RUSSLAND UND DIE UKRAINE

*Vladimir Putin*  
*Über die historische Einheit der Russen und der Ukrainer*  
*Dokumentation*

**Andreas Kappeler**  
Revisionismus und Drohungen  
Vladimir Putins Text zur Einheit von Russen und Ukrainern

**Jan C. Behrends**  
Putins negative Ukrainepolitik  
Hintergründe und Analogien

**Andreas Kappeler**  
Das historische Erbe der Ukraine  
Schichten und Elemente: Ein Essay

**Dmitrij Trenin**  
Nähe neu denken  
Welche Ukrainepolitik braucht Russland?

**Roland Götz**  
Wasserblockade  
Die Ukraine, die Krim und Russland

### AUS DER OSTEUROPAFORSCHUNG

**Alexander Libman, Niklas Platzer**  
Geschichte, Slawistik und der Rest  
Osteuropaforschung in Deutschland



Unter dem Titel „Krisenbogen“ geht es OSTEUROPA 8-9/2021 um Geschichte und Gegenwart autoritärer Herrschaft in Russland, um Geschichtspolitik als Legitimitätsressource und Wahlen als Loyalitätsritual. Der Band dokumentiert die Menschenrechtslage in Belarus und nimmt die Methoden der Zerstörung von Rechtsstaatlichkeit unter die Lupe. Die Analysen zu Polen zeigen, wie die Regierung in Sachen Justizumbau die Konfrontation mit der EU fortsetzt, in der Migrationspolitik hingegen mit ihrem harten Kurs auf billigende Duldung und Unterstützung aus dem Ausland zählen kann. Auf Völkerrecht und Menschenrechte pocht dagegen die Zivilgesellschaft.

Der Band hat 272 Seiten, er enthält 22 Abbildungen und eine Karte. DGO-Mitglieder können ihn für 12,00 € (statt 18,00 €) zzgl. Versandkosten bestellen.

## Inhalt

EDITORIAL  
Krisenbogen

**Marta Bucholc, Maciej Komornik**  
Spinnrad im Dauerbetrieb  
Der Justizumbau in Polen

**Piotr Buras**  
Polen wirft den Fehdehandschuh  
Der Rechtsstaatlichkeitskonflikt mit der EU eskaliert

**Kai-Olaf Lang**  
Migranten und Soldaten  
Die Krise an der polnisch-belarusischen Grenze

**Ansgar Gilster**  
„Das Recht wird an die inhumane Praxis angepasst“  
Ein Gespräch über die EU-Ostgrenze und das Asylrecht

**Andreas Umland**  
Kein fauler Kompromiss!  
Der Donbass, die Ukraine und der Westen

## Andrej Močalov

„Der Willkür sind keine Grenzen gesetzt“  
Ein Gespräch über politische Prozesse in Belarus

*Die Menschenrechtslage in Belarus*  
*Dokumentation*

## KRISENHERD RUSSLAND

## Dietrich Beyrau

Im Kreislauf der Geschichte  
Die Macht und ihre Widersacher in Russland

## Frithjof Benjamin Schenk

„Kampf im Westen, Demut im Osten“  
Aleksandr Nevskij in Russlands Geschichtspolitik

## Aleksej Levinson, Stepan Gončarov

Loyalitätsrituale  
Russland: Das Volk, die Wahlen und das Regime

## Ekaterina Šul'man

Januskopf Staatsduma  
Akteur und Verwaltungsorgan



**Silvia von Steinsdorff**

Mehr als ein Schattenparlament?  
Russlands Staatsduma im autokratischen Staat

**Sabine Fischer, Jens Siegert**

Überleben in der Autokratie  
Russlands Zivilgesellschaft unter Druck

**Ulrich Schmid**

Anatomie einer Diskreditierung  
Russlands Staatsmedien und Memorial

**OVD-Info**

Diskriminierung auf ganzer Linie  
Russlands Gesetz über „ausländische Agenten“

*„Ausländische Agenten“ und „unerwünschte  
Organisationen“ in Russland  
Dokumentation*

**Bestellungen**

Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit Angabe der Lieferadresse per Mail an [osteuropa@dgo-online.org](mailto:osteuropa@dgo-online.org) oder teilen Sie uns Ihre Bestellung telefonisch mit: 030 / 30 10 45 -81 /-82.

## OSTEUROPA-Recht



Das Heft 2/2021 „Kasachstan, Polen, Ukraine“ analysiert unterschiedliche rechtliche Problemfelder, mit denen die genannten Staaten konfrontiert sind. Die Beiträge analysieren die Rechtslage in den jeweiligen Ländern. Darüber hinaus beleuchten sie die wissenschaftliche Diskussion über die osteuropäischen Rechtsordnungen, die auch eine überregionale Dimension haben und einen Beitrag zu einer allgemeinen juristischen Diskussion leisten. Das Themenspektrum reicht von Kryptowährungen im Kontext von Umweltschutz und Nachhaltigkeit über die Auswahl und Ausbildung von Richterinnen und Richtern und den Eigentumsbegriff und seine Bedeutung für Staat und Gesellschaft bis zum Spannungsverhältnis zwischen Flexibilität und dem Bedarf nach Sicherheit in der Rechtsordnung Kasachstans.

### Inhalt

#### Ermerk B. Abdrasulov

Zur Frage der doktrinen Auslegung des Artikels 61 Pkt. 3 der Verfassung der Republik Kasachstan

#### Wiktor Antolak

Criminal Responsibility For Non-Risky Behaviors

#### Damian Dobosz

Zivilrechtliche Problematik der Pandemie Covid-19 in Polen

#### Yury Fogelson, Dmitry Poldnikov

The Social History of Law as a Factor of the Rule of Law

#### Wojciech J. Kocot

Culpa in Contrahendo as the General Ground for Precontractual Liability in Polish Civil Code

#### Akmaral Saktaganova

Professionelle Rechtskultur im System der Rechtskultur der Gesellschaft

#### Bagila Tleulesova

Rechtlicher Inhalt der Institutionalisierung von Eigentum und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung der Gesellschaft und des Staates

#### Emanuel Wanat

Are Crypto-Assets Green Enough?

#### Sajaš Kajratovič Žunusov

Aspekte der Ausbildung und Auswahl von Richtern: Erfahrungen aus dem Ausland

#### Olha Zyhrii

Peculiarities of Land Reform and Introduction of the Land Market in Ukraine: Legal Security and Consequences



Das Heft 3/2021 behandelt die rechtlichen Grundlagen des Umweltschutzes in Ungarn, Tschechien, Polen, der Ukraine und Russland. Dabei zeigt sich, dass der Stand der rechtlichen Regelung durchweg besser ist als die praktische Umsetzung. Deutlich wird auch die Rolle der Europäischen Union als Motor einer zeitgemäßen Umweltgesetzgebung. Bei den im Heft behandelten Nicht-EU-Mitgliedstaaten sind die Anstrengungen um eine Anpassung an den europäischen Rechtsstandard in der Ukraine eindeutig stärker als in Russland. Die Rubrik „Dokumentation“ enthält außerdem einen alternativen Verfassungsentwurf für die Republik Belarus aus dem Umfeld der Oppositionspolitikerin Svetlana Tichanovskaja.

## Inhalt

### László Fodor

Umweltschutzrecht in Ungarn

### Veronika Tomoszková

Umweltschutzrecht in Tschechien

### Agata Kosieradzka-Federczyk, Wojciech Federczyk

Umweltschutzrecht in Polen

### Oleksandr Bilash, Tetyana Karabin

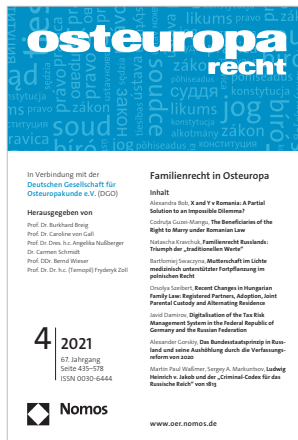
Umweltschutzrecht in der Ukraine

### Ekaterina Yu. Gaevskaya, Olga V. Vagina

Russian Environmental Legislation

*Entwurf der belarussischen Opposition für eine neue  
Verfassung der Republik Belarus  
Dokumentation*





Das Heft 4/2021 untersucht den rechtlichen Umgang mit Aspekten der UN-Frauenrechtskonvention. Die Artikel gehen der Frage nach, wie weit die Rechtentwicklung in einzelnen Ländern im östlichen Europa Trends reflektiert, die international zu beobachten sind. Dazu gehören die Öffnung für Modelle familiären Zusammenlebens jenseits der „Mann-Frau-Ehe“, der Begriff des Geschlechts oder der Umgang mit der auf Fortpflanzung bezogenen Medizin. Die Beiträge berücksichtigen dabei auch die Durcharbeitung der Rechtsordnungen unter dem Vorzeichen durchsetzbarer subjektiver Menschenrechte, die in Gestalt der Europäischen Menschenrechtskonvention ein „gemeinsames Europäisches Haus“ bilden. Die Länderberichte aus Polen, Rumänien, Russland und Ungarn demonstrieren die Vielfalt der Fragestellungen und Entwicklungen der letzten Jahre.

## Inhalt

### Alexandra Bob

X and Y v Romania: A Partial Solution to an Impossible Dilemma?

### Codruța Guzei-Mangu

The Beneficiaries of the Right to Marry under Romanian Law

### Natascha Kravchuk

Familienrecht Russlands: Triumph der „traditionellen Werte“

### Bartłomiej Swaczyna

Mutterschaft im Lichte medizinisch unterstützter Fortpflanzung im polnischen Recht

### Orsolya Szeibert

Recent Changes in Hungarian Family Law: Registered Partners, Adoption, Joint Parental Custody and Alternating Residence

### Javid Damirov

Digitalisation of the Tax Risk Management System in the Federal Republic of Germany and the Russian Federation

### Alexander Gorskiy

Das Bundesstaatsprinzip in Russland und seine Aushöhlung durch die Verfassungsreform von 2020

### Martin Paul Waßmer, Sergey A. Markuntsov

Ludwig Heinrich v. Jakob und der „Criminal-Codex für das Russische Reich“ von 1813

### Bestellungen

Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit Angabe der Lieferadresse per Mail an den Nomos-Verlag: [abo@nomos.de](mailto:abo@nomos.de).

Einzelhefte der OSTEUROPA-Recht kosten 21,00 Euro, ein Jahresabonnement kostet 98,00 Euro (für Mitglieder der DGO 79,00) zzgl. Versandkosten.

## Länder-Analysen

Die DGO ist Mitherausgeberin eines Verbunds von Länder-Analysen, die aktuelle Analysen, Fakten und Chroniken der Entwicklungen in Osteuropa, im Kaukasus und in Zentralasien bieten.

Alle Analysen sind unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de) kostenlos zugänglich.

### Belarus-Analysen

Nr. 56 (27.07.2021)  
Geschichtspolitik, Nationalsymbole und Strafverfolgung  
Mögliche Transformationswege  
Menschenrechtslage

Nr. 57 (30.11.2021)  
Zivilgesellschaft und Repressionen in Belarus

Nr. 58 (23.12.2021)  
Migrationskrise an der Belarus-EU Grenze  
Belarus vor dem Verfassungsreferendum

### Polen-Analysen

Nr. 279 (07.09.2021)  
Die Geschichtspolitik der PiS

Nr. 280 (21.09.2021)  
Polen und der Zusammenbruch des sowjetischen Systems

Nr. 281 (05.10.2021)  
Literarische Übersetzungen zwischen Deutschland und Polen

Nr. 282 (19.10.2021)  
Polen und Afghanistan

Nr. 283 (02.11.2021)  
Der Umbau des Justizsystems in Polen

Nr. 284 (16.11.2021)  
Das sozio-ökonomische Regierungsprogramm  
„Polnische Ordnung“ (Polski Ład)

Nr. 285 (07.12.2021)  
Polnische Regierungspolitik und europäische Themen

### Russland-Analysen

Nr. 405 (31.07.2021)  
Arktis

Nr. 406 (20.09.2021)  
30 Jahre Zerfall der Sowjetunion – Generationen

Nr. 407 (01.10.2021)  
Duma- und Regionalwahlen

Nr. 408 (15.10.2021)  
Die deutsch-russischen Beziehungen nach den Wahlen

Nr. 409 (10.11.2021)  
Sozialverantwortung und Klima in der Landwirtschaft

Nr. 410 (24.11.2021)  
Erdgashandel

Nr. 411 (16.12.2021)  
Memorial

## Ukraine-Analysen

Nr. 254 (16.07.2021)  
Identität und Diversität  
Babyn Jar

Nr. 255 (28.09.2021)  
30 Jahre seit dem Ende der Sowjetunion

Nr. 256 (15.10.2021)  
Zukunftsperspektiven

Nr. 257 (12.11.2021)  
NATO-Ukraine-Beziehungen  
Veteran:innen

Nr. 258 (26.11.2021)  
Erdgastransit und Stromsektor

## Zentralasien-Analysen

Nr. 148 (01.08.2021)  
Regionale Zusammenarbeit in Zentralasien

Nr. 149 (01.10.2021)  
30 Jahre Zerfall der Sowjetunion – Der Bürgerkrieg in  
Tadschikistan

Nr. 150 (09.12.2021)  
Zentralasien nach der Machtübernahme der Taliban in  
Afghanistan/Präsidentenwahl in Usbekistan

## Russian Analytical Digest

Nr. 271 (04.10.2021)  
Duma and Regional Elections 2021

Nr. 272 (25.10.2021)  
Russian Agriculture and Climate Change

Nr. 273 (30.10.2021)  
Russia and the Conflicts in the South Caucasus:  
Perspectives from Armenia and Azerbaijan

Nr. 274 (24.11.2021)  
Russian-US Relations

# Mitglieder

## Veröffentlichungen

**Aust**, Martin: *Erinnerungsverantwortung. Deutschlands Vernichtungskrieg und Besatzungsherrschaft im östlichen Europa 1939–1945*. Schriftenreihe bpb Bd. 10658, Bonn 2021.

**Behrends**, Jan Claas: *Post-sowjetische Lebenswelten. Gesellschaft und Alltag nach dem Kommunismus*. Metropol-Verlag, Berlin 2021.

**Elsner**, Regina: *The Russian Orthodox Church and Modernity. A Historical and Theological Investigation into Eastern Christianity between Unity and Plurality*. ibidem-Verlag, Hannover 2021.

**Geisler**, Saskia: *Finnische Bauprojekte in der Sowjetunion. Politik, Wirtschaft, Arbeitsalltag (1972–1990)*. Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa Bd. 89. Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021.

**Hagemeister**, Michael: *The Perennial Conspiracy Theory. Reflections on the History of the Protocols of the Elders of Zion*. Routledge, Milton Park, Abingdon; New York 2021.

**Hausmann**, Guido / **Sklokina**, Iryna (Hg.): *The Political Cult of the Dead in Ukraine. Traditions and Dimensions from the First World War to the Present*. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2021.

**Heinritz**, Alena: *Postkommunistische Schreibweisen. Formen der Darstellung des Kommunismus in Romanen zu Beginn des 21. Jahrhunderts*. Beiträge zur Literaturtheorie und Wissenspoetik Bd. 22. Universitätsverlag Winter, Heidelberg 2021.

**Heller**, Wilfried: *Zwischen Herkunft und Neuanfang. Biographische Skizze eines Vertriebenen aus dem Egerland (Böhmen)*. Verlag Inspiration Un Limited, London; Berlin 2021.

**Hiemer**, Elisa-Maria / **Holý**, Jiří / **Firlej**, Agata / **Nichtburgerová**, Hana (Hg.): *Handbook of Polish, Czech, and Slovak Holocaust Fiction. Works and Contexts*. De Gruyter, Oldenbourg 2021.

**Jaros**, Sven: *Iterationen im Grenzraum. Akteure und Felder multikonfessioneller Herrschaftsaushandlung in Kronruthenien (1340–1434)*. De Gruyter, Berlin 2021.

**Jašina-Schäfer**, Alina: *Everyday belonging in the post-Soviet borderlands: Russian speakers in Estonia and Kazakhstan*. Lexington Books, Lanham MD 2021.

**Kochanowski**, Jerzy / **Kraft**, Claudia (Hg.): *Rooms for Manoeuvre. Another Look at Negotiating Processes in the Socialist Bloc*. Vienna University Press, Göttingen 2021.

**Kusber**, Jan: *Katharina die Große. Legitimation durch Reform und Expansion*. Kohlhammer, Stuttgart 2021.

**Maercker**, Andreas / **Gieseke**, Jens (Hg.): *Psychologie als Instrument der SED-Diktatur. Theorien – Praktiken – Akteure – Opfer*. Hogrefe AG, Bern 2021.

**Meißner**, Christoph / **Morré**, Jörg (Hg.): *The Withdrawal of Soviet Troops from East Central Europe. National Perspectives in Comparison*. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2021.

**Müller**, Dietmar / **Troebst**, Stefan (Hg.): *Philantropy, Conflict Management and International Law. The 1914 Carnegie Report on the Balkan Wars of 1912/1913*. Leipzig Studies on the History and Culture of East-Central Europe Bd. 7, Central European University Press, Budapest; New York 2021.

**Rohde**, Martin: *Nationale Wissenschaft zwischen zwei Imperien. Die Ševčenko-Gesellschaft der Wissenschaften, 1892–1918*. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2021.



**Schwartz**, Matthias / **Weller**, Nina / **Winkel**, Heike (Hg.): *After Memory. World War II in Contemporary Eastern European Literatures. Media and Cultural Memory / Medien und kulturelle Erinnerung Bd. 29*. De Gruyter, Berlin 2021.

**Sigov**, Konstantin / **El'sner**, Regina (Hg.): *Dostoinstvo cheloveka: Vyzov i put. Sbornik statey*. Dukh i litera, Kiyev 2021. (**Сигов**, Константин / **Эльснер**, Регина (Hg.): *Достоинство человека: Вызов и путь. Сборник статей*. Дух і літера, Киев 2021).

**Sihov**, Kostyantyn / **El'sner**, Rehina (Hg.): *Lyuds'ka hidnist': Vyklyk i shlyakh. Zbirnyk statey*. Dukh i litera, Kyiv 2021. (**Сігов**, Костянтин / **Ельснер**, Регіна (Hg.): *Людська гідність: Виклик і шлях. Збірник статей*. Дух і літера, Київ 2021).

**Steffen**, Katrin: *Blut und Metall. Die transnationalen Wissensräume von Ludwik Hirszfeld und Jan Czochralski im 20. Jahrhundert*. Wallstein Verlag, Göttingen 2021.

**Verheugen**, Günter / **Vodička**, Karel / **Brusis**, Martin (Hg.): *Demokratie im postkommunistischen EU-Raum. Erfolge, Defizite, Risiken*. Springer VS, Wiesbaden 2021.

**Wagener**, Hans-Jürgen / **Tymiński**, Maciej / **Koryś**, Piotr: *Sozialistische Ökonomie im Spannungsfeld der Modernisierung. Ein ideengeschichtlicher Vergleich DDR – Polen*. Springer VS, Wiesbaden 2021.

## Personalien

### Aufnahmen

**Aschke**, Tom Aaron / Berlin  
**Augustin**, Friederike / Berlin  
**Bent**, Johannes / Detmold  
**Cherniak**, Kseniia / Berlin  
**Dmitrieva**, Dr. Marina / Leipzig  
**Ehlke**, Roxana / Berlin  
**Fenicia**, Dr. Tatjana / Dübendorf (CH)  
**Förster**, Dr. Anna / Erfurt  
**Götz**, Tanja / Gießen  
**Hiemer**, Dr. Elisa-Maria / Frankfurt a. Main  
**Kirev**, Radoslav / Albstadt  
**Konovaltsev**, Georgiy / München  
**Kravchuk**, Ariana / Dresden  
**Kuhnhardt**, Mietje / Dresden  
**Löffler**, Jonas Alexander / Köln  
**Marsheva**, Anastasiia / Regensburg  
**Meier**, Matthias / Berlin  
**Nissen**, Morten / Berlin  
**Omelchenko**, Kristina / Hamburg  
**Oniani**, Salome / Berlin  
**Pirwitz**, Anne / Berlin  
**Pohl**, Lukas / Gießen  
**Richter**, Mona / Berlin  
**Riesmeier**, Niklas / Berlin  
**Schiffers**, Dr. Sonja Katharina / Berlin  
**Schröck**, Paul / Freiburg  
**Seidel**, Paula / Leipzig  
**Sendhardt**, Bastian / Berlin  
**Sobczuk**, Natalia / Berlin  
**Starn**, Callie / Berlin  
**Vanghele**, Thomas / Hügelsheim  
**Vogel**, Lukas / Leipzig  
**Vona**, Simone / Berlin

### Abschied

**Gisela Fischer**, Waakirchen  
 Verstorben am 11. August 2021

**Reinhard Fischer**, Berlin  
 Verstorben am 13. Oktober 2020

**Dr. Klaus Schrameyer**, Bornheim  
 Verstorben am 14. Dezember 2021



## Junge DGO im 2. Halbjahr 2021

Bericht: Johannes Kleinmann und Alexander Mishnev

Trotz der Pandemie gab es im zweiten Halbjahr 2021 wieder zahlreiche Veranstaltungen der Jungen DGO und wir konnten viele neue Mitglieder gewinnen. Besonders erfreulich war, dass die diesjährige JOE-Tagung wieder analog stattfinden konnte. Vom 30. September bis zum 2. Oktober trafen sich mehr als 30 Teilnehmer\*innen aus verschiedenen Ländern an der Universität Zürich, wo wir am Center for Eastern European Studies zu Gast waren. Herr Prof. Dr. Jeronim Perović und Frau Prof. Dr. Nada Boškovska von der Universität Zürich gaben den Teilnehmenden einen Einblick in die osteuropabezogene

Forschungslandschaft der Schweiz. Dabei wurden die Chancen deutlich, die in einem noch engeren Austausch beider Länder für die Osteuropaforschung liegen.

Eine weitere Veranstaltung ZUKUNFT OSTEUROPA konnte in diesem Jahr ebenfalls wieder analog stattfinden. Das Ziel der Veranstaltung ist eine zukunftsorientierte Auseinandersetzung mit dem östlichen Europa. Dazu möchten wir gerade junge und angehende Expert\*innen intensiver vernetzen und in unsere Arbeit einbeziehen. Dieses Jahr nahmen mehr als 30 Personen



teil, die sich in zahlreichen Workshops und beim Markt der Möglichkeiten über Berufsaussichten und Beschäftigungsmöglichkeiten mit Osteuropabezug informieren konnten. Im wunderschönen Ambiente des Herder-Instituts in Marburg gab es aber vor allem auch die Möglichkeit Erfahrungen auszutauschen und sich zu vernetzen.

Des Weiteren endete im Juni bereits der zweite Jahrgang des Mentoringprogramms der DGO. Dieser fand aufgrund der Pandemie komplett online statt. Parallel befasste sich die AG bereits mit dem Matching für den dritten Turnus, der erneut auf große Resonanz stieß. Nach einem aufwendigen Matching-Verfahren, bei dem die AG sich bemühte, möglichst alle in den Anmeldebögen angegebenen Interessen und Erwartungen zu berücksichtigen, konnten 25 Tandems gebildet werden. Ende August wurden Mentees und Mentor\*innen über ihre Matchingvorschläge informiert, was den inoffiziellen Start des Turnus markierte. Das Kick-Off Treffen mit den Mentees fand am 17. September im Haus der Demokratie und Menschenrechte statt und war damit das erste Präsenztreffen seit der Pandemie. Während des Kick-Offs hatten die Mentees sowohl die Möglichkeit sich über ihre aktuelle Situation auszutauschen, über ihre Erwartungen an das Mentoring und sich selbst zu reflektieren, als auch mit den anderen Mentees ins Gespräch zu kommen. Weitere Möglichkeiten zur Vernetzung bietet die DGO Plattform, auf der eine eigene Gruppe für den neuen Mentoring-Jahrgang eingerichtet wurde, in dem die Mentees von der AG regelmäßig mit Informationen und Neuigkeiten zum Mentoringprogramm versorgt werden. Schließlich haben wir im zweiten Halbjahr versucht, die Situation in Belarus im Bewusstsein zu halten.

Im Rahmen der Aktion "100xSolidarität" wurde von Seiten der Jungen DGO dazu aufgerufen, Briefe an belarussische Studierende zu schicken, die sich in politischer Gefangenschaft befinden. Zudem hat die Junge DGO mit Unterstützung der Uni Jena, des Imre-Kertész-Kollegs sowie der GFPS den Verteiler "Networking Belarus" gestartet. Dieser vernetzt Expert\*innen aus Wissenschaft, Politik, Kultur und Zivilgesellschaft und informiert Interessierte über die aktuelle Situation in Belarus. Der moderierte Verteiler ist eine Plattform, auf der Informationen von Mitgliedern für Mitglieder geteilt werden – wir freuen uns deshalb über jeden Beitrag. Gemeinsam möchten wir Belarus weiterhin auf der Agenda halten. Anmeldung und Beiträge können per Mail eingereicht werden an: [networking-belarus@listserv.uni-jena.de](mailto:networking-belarus@listserv.uni-jena.de)

## Networking Belarus

# Aktuelles aus der Osteuropaforschung

## Bedarfsanalyse Osteuropaforschung: Welches Osteuropa-Wissen wird gebraucht?

Bericht: Susann Worschech<sup>1</sup>

Die regelmäßig von der DGO durchgeführten Bestandsaufnahmen zur Osteuropaforschung sind ein wichtiges Instrument, um auch über längere Zeiträume zu beobachten, wie es in Deutschland um diesen Bereich der Area Studies steht. Mit der jüngsten Analyse aus dem Jahr 2020 haben Alexander Libman und Niklas Platzer eine umfassende Erhebung von Forschenden, ihrer institutionellen und disziplinären Zugehörigkeit sowie ihrer Standorte und Forschungsinteressen vorgelegt (siehe DGO-Rundbrief 2/2020). In beeindruckender Detailtiefe zeigten sich Schwerpunkte und Lücken der institutionalisierten Osteuropaforschung vor allem in Bezug auf Disziplinen, regionale Forschungsschwerpunkte und auch zur Frage, inwiefern Osteuropaforschung ein Thema für Postdocs und Juniorprofessor\*innen ist. Eine Frage, die bereits während der laufenden Studie von Libman und Platzer im DGO-Vorstand gestellt wurde und die sich nun auch angesichts der vorliegenden Ergebnisse aufdrängt, ist jedoch die der unklaren Nachfrageseite: Welches Wissen, welche Erkenntnisse und auch Kompetenzen in Bezug auf Osteuropa werden überhaupt nachgefragt – und von wem? Dieser Frage nach dem Bedarf an Osteuropa-Expertise ging ich im Forschungsprojekt „Bedarfsanalyse Osteuropaexpertise“ gemeinsam mit Studierenden der Europa-Universität Viadrina in einem Lehrforschungsprojekt nach.

Konkret ging es in dem Projekt darum, herauszufinden, welche Expertise und welche Kompetenzen bezüglich

Osteuropa in der Wirtschaft, der Politik, in Zivilgesellschaft und Wissenschaft sowie in den Medien und im Kulturbereich nachgefragt werden, welche Anforderungen also an Absolvent\*innen oder potenzielle Mitarbeiter\*innen gestellt werden, und woher diese Expertise bezogen wird, wenn sie nicht in der eigenen Organisation verfügbar sein sollte. Der Begriff der Expertise wurde dabei unterteilt in Regionalexpertise zu sechs Großregionen (Mittelosteuropa, Baltikum, Ukraine/Russland/Belarus, Südosteuropa, Kaukasus, Zentralasien); disziplinäres Wissen, Lebensweltliches Wissen, Sprachkompetenzen, Politisches Wissen sowie Landeskunde. Zudem wurde nach dem Bedarf an spezifischen Kompetenzen und Vernetzung gefragt.

Die Datenerhebung erfolgte in zwei voneinander unabhängigen Schritten. Einerseits wurde in einem standardisierten Online-Fragebogen auf der Basis von 136 durchgeführten Befragungen erhoben, zu welcher Region es welchen Bedarf an Expertise gibt, woran sich ggf. bisheriger Mangel an Expertise bemerkbar gemacht hat und aus welchen Disziplinen mehr Wissen und Expertise für die je eigene Arbeit wünschenswert wären. Da zusätzlich Daten erfasst wurden, welche die Organisationen näher beschreiben – wie aktuelles Tätigkeitsfeld, regionaler Fokus, wichtigste Kooperationsländer – lässt sich gut nachvollziehen, in welchen Branchen bzw. Bereichen welche Expertise benötigt wird. In einem zweiten Schritt wurden qualitative Expert\*innen-Interviews mit Vertreter\*innen deutscher Organisationen, die sich mit Osteuropa befassen, durchgeführt. Diese Interviews dienten nicht nur der vertieften Informationsgewinnung über Bedarfe und ‚Engpässe‘ der in Deutschland verfügbaren

---

<sup>1</sup> Ich danke Tobias Häußler, Viktoria Hrynek, Marie Kirschke, Oscar Martinsson, Almuth Müller sowie Christoph Scharf für ihre Mitarbeit im Projekt in den Bereichen der Datenerhebung, Transkription und Auswertung.

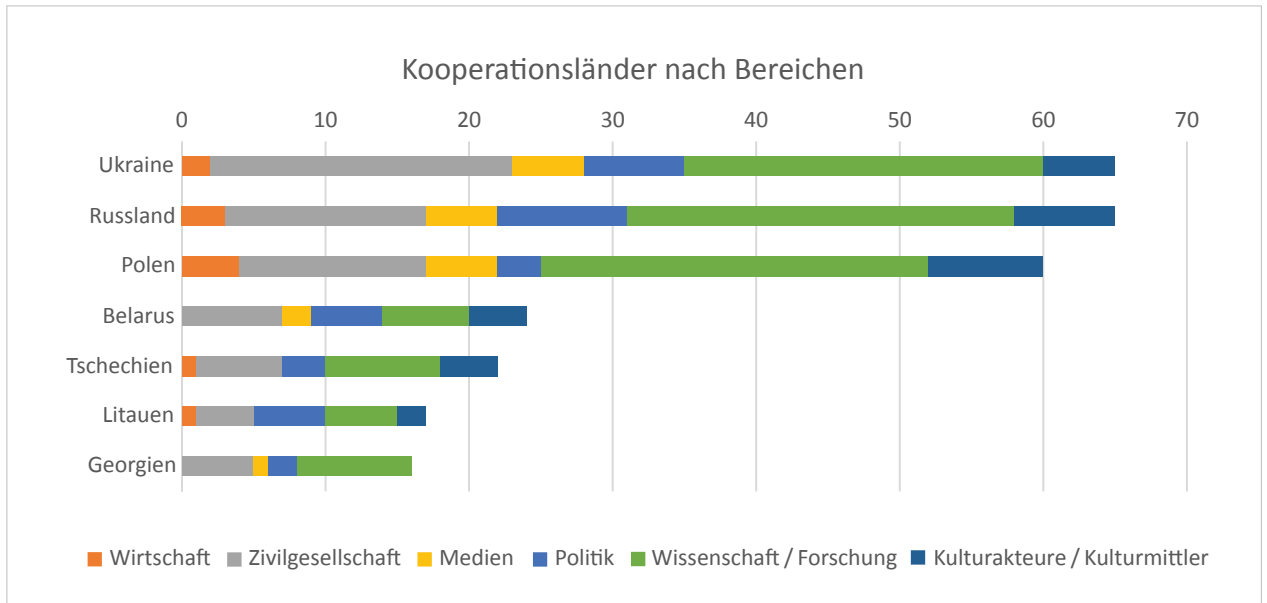


Abbildung 1: Häufigste Kooperationsländer.

Osteuropa-Expertise, sondern ermöglichten auch eine Prognose über künftig relevante Themen, Regionen und Fragen in Bezug auf Osteuropa. Beide Erhebungen wurden im Frühjahr 2021 an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) im Rahmen eines Lehrforschungsprojektes unter meiner Leitung durchgeführt. Die zentralen Ergebnisse möchte ich hier überblicksartig darstellen; eine ausführliche Analyse folgt in wenigen Wochen.

Die wichtigsten osteuropäischen Kooperationsländer der 136 Akteure aus den sechs Bereichen Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Politik, Medien und Kultur sind – zu gleichen Anteilen – die Ukraine und Russland sowie mit ebenfalls sehr hohem Anteil Polen. Mit größerem Abstand folgen in der Reihe Belarus, Tschechien, Litauen und Georgien (siehe Abb. 1). Die Bereiche Wissenschaft und Forschung sowie Zivilgesellschaft nehmen im Fragebogen den größten Anteil

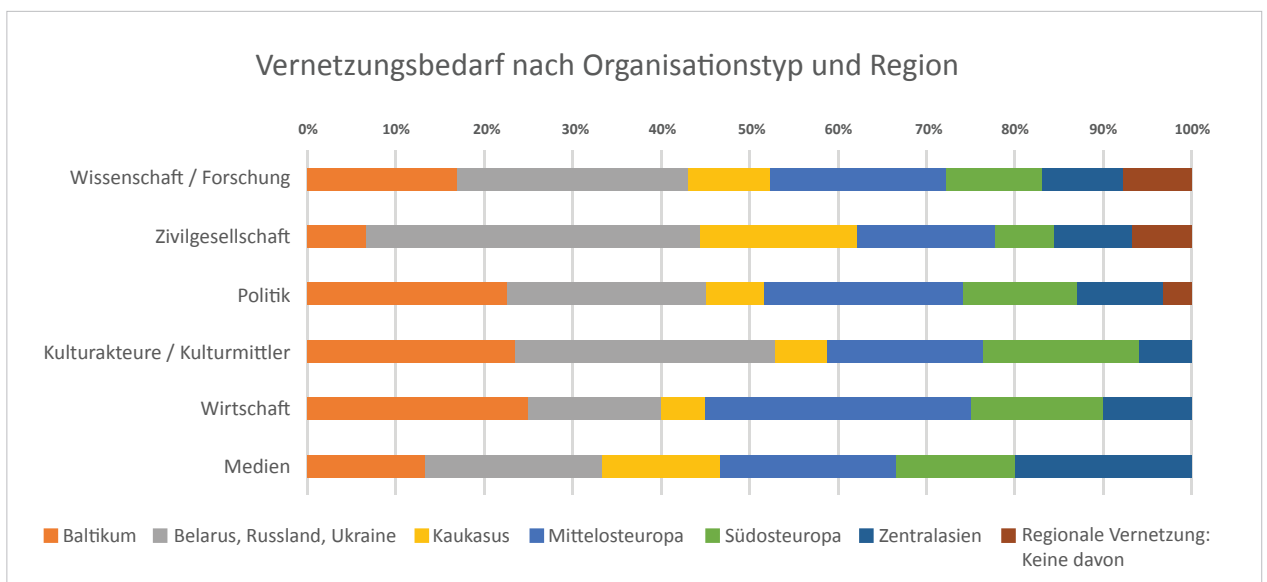


Abbildung 2: Vernetzungsbedarf der Organisationen, Verteilung im Sample normiert.



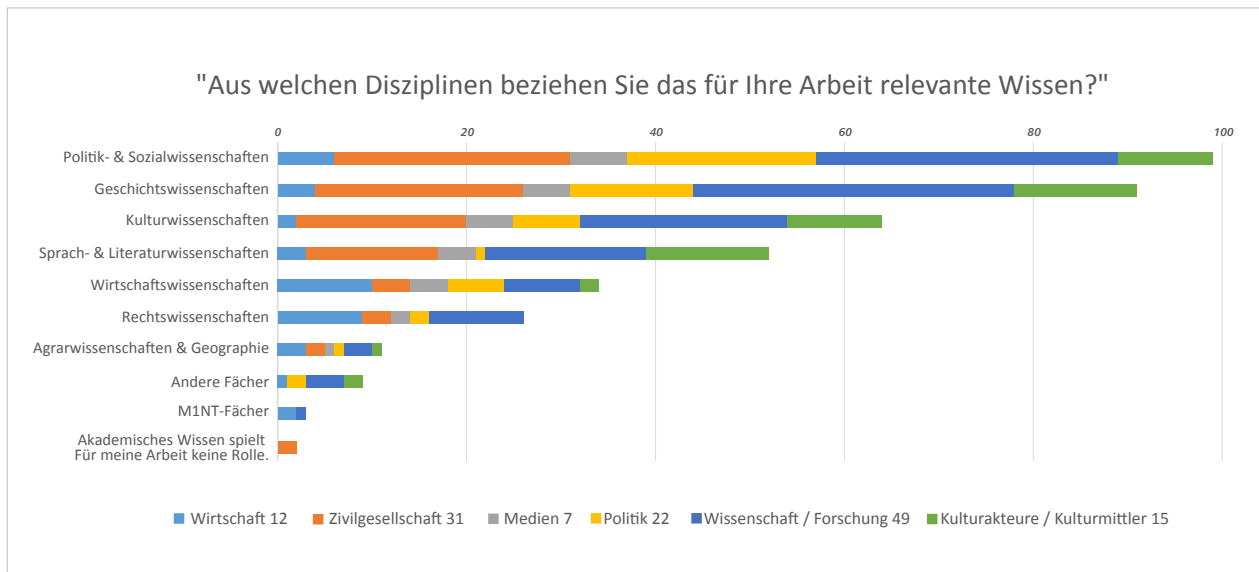


Abbildung 3: Disziplinäres Wissen; Mehrfachantworten möglich; n=391.

der Organisationen ein, was sich auch in den regionalen Schwerpunkten spiegelt; auffällig ist aber, dass unter den zivilgesellschaftlichen Kooperationen die Ukraine deutlich den Schwerpunkt markiert. Im Bereich Politik ist der Russland-Fokus etwas ausgeprägter; ansonsten ist die Beschäftigung mit Russland, Polen und der Ukraine unter den verschiedenen Akteuren relativ ausgeglichen.

Zugleich zeigt sich, dass es gerade zu diesen stark vertretenen Fokusregionen auch den größten Vernetzungsbedarf gibt (siehe Abb. 2). Belarus, Russland und die Ukraine stellen bedeutende „Bedarfsregionen“ für den Austausch dar, ebenso Mittelosteuropa, was die Visegrad-Staaten plus Slowenien einschließt. Überraschend ist der relativ hohe Wert für das Baltikum, welches anteilig vor allem in der Wirtschaft, in der Politik und in der Kultur offensichtlich gefragt ist.

Ein weiterer Fragekomplex bezog sich auf die Frage, welche Art von Wissen zu Osteuropa in den einzelnen Bereichen benötigt wird, und inwiefern sich dies bezüglich der Regionen, zu denen die Organisationen arbeiten, unterscheidet. Hier zeigte sich zunächst, dass gerade die Politik- und Sozialwissenschaften sowie Geschichts- und Kulturwissenschaften zu den zentralen Wissensquellen zählen, insbesondere für Organisationen aus den Bereichen Politik, Wissenschaften und Zivilgesellschaft. Nur für einen sehr geringen Anteil der Befragten – zwei zivilgesellschaftliche Organisati-

onen – spielt akademisches Wissen keine Rolle (Abb. 3). Neben disziplinärem Wissen wurde zudem bewusst jenes nicht-akademische Wissen abgefragt, welches für die Arbeit in und mit einer bestimmten Region notwendig ist und häufig nicht direkt durch die akademische Ausbildung, sondern durch Austausch und Aufenthalte vor Ort, Berufs- und Projekterfahrung in einer Region erworben wird – regionalspezifische ‚Soft Skills‘ sozusagen. Hier zeigt sich ein kontinuierlich hoher Bedarf an Sprachkompetenzen und Wissen über politische Zusammenhänge zur Region Osteuropa im engeren Sinne – also Russland, Belarus und die Ukraine. Zugleich wird aber auch deutlich, dass die Organisationen hier nicht bei null anfangen, sondern durchaus, auch durch eigene Netzwerke und Projekte, ihren Bedarf an qualifizierten Mitarbeiter:innen zu einem gewissen Grad decken können (Abb. 4).

Wie groß der Bedarf an Expertise auch aus dem eher nicht-akademischen Bereich jedoch ist, zeigt sich auch an der Handlungsfähigkeit der Organisationen. Insgesamt 141 Aussagen gab es dazu, dass die Organisationen manifeste Probleme in ihrer Arbeitsweise bekommen haben, weil die genannten Kompetenzen zu Sprache, Politik, Landeskunde oder Lebenswelt fehlten. Abb. 5 zeigt im Detail, wie sich der Mangel an Expertise ausgewirkt hat. Die quantitative Analyse zeigt bisher, dass es einen hohen Bedarf vor allem an politik- und sozialwissen-

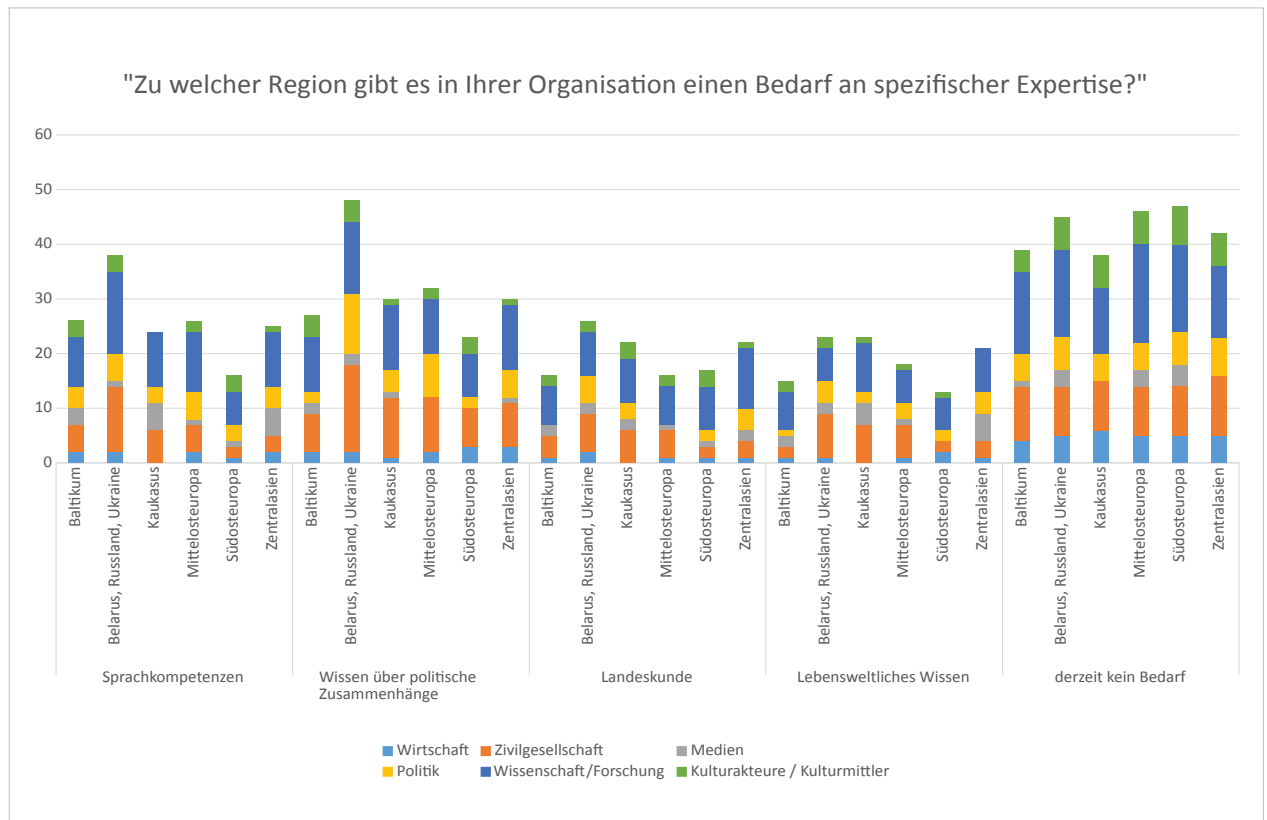


Abbildung 4: Bedarf an spezifischer Expertise bzgl. der einzelnen Regionen (Mehrfachnennungen möglich).

schaftlichem Wissen in der Beschäftigung mit Osteuropa gibt, das sich vor allem auf den relativen nahen Raum Ostmitteleuropa und (vorrangig) Osteuropa im engeren Sinne bezieht. Die ausführliche Analyse des Datenmaterials bezüglich spezifischer Themen und Ereignisse, Vernetzungsbedarfe, Sprachkompetenzen und weiterer Aspekte der Nachfrage von Osteuropa-Expertise befindet sich in der Fertigstellung und wird zeitnah publiziert.

Neben der Auswertung des Fragebogens erlaubte die Analyse der zehn Expert\*innen-Interviews eine Beurteilung des Status Quo der Osteuropa-Wissenschaften und möglicher künftiger Bedarfe. Ausgehend von Andreas Heinemann-Grüders These, der zufolge das ‚Orientierungswissen‘ bezüglich des post-sowjetischen Raumes verloren gegangen sei (siehe Osteuropa 1–2/2020, S. 165–178) betonten die Befragten, dass einerseits viel institutionalisiertes Wissen abgebaut wurde, welches nun durch die positive Entwicklung der ZOis erst wieder etabliert wird, dass aber andererseits viel Expertise zu allerdings sehr spezifischen Themen vorhanden sei. Demgegenüber fehle es an Zusammenhangswissen,

das auch stärker in den internationalen Austausch eingebettet sein könnte und sollte. Auf dieser Basis wurde weiter gefragt und diskutiert, welche Regionen und Themen aus Sicht der Befragten in Zukunft wichtiger werden könnten, welches akademische Wissen dann helfen könnte, diese Themen und Probleme zu verstehen, und welche Kompetenzen in der Beschäftigung mit Osteuropa künftig stärker benötigt werden.

Eine ausführliche Beschreibung dieser sehr reichhaltigen Interviews ist hier aus Platzgründen nicht möglich und erfolgt ebenfalls in der ausführlicheren Publikation. Es sei allerdings gesagt, dass sowohl bezüglich der Themen als auch der Regionen ein gewisses ‚Crossover-Denken‘ zu beobachten ist: Künftige regionale Schwerpunkte quer zu den aktuell üblichen – und auch im Fragebogen verwendeten – Kategorien bilden sich ab in Annahmen z.B. zur Relevanz verschiedener Meeresregionen (Kaspische Region, Schwarzmeer), zu neuen Mental Maps der Zugehörigkeiten und Identitätskonstruktionen sowie zur (potenziell transnationalen) Regionalisierung und Lokalisierung von politischen,

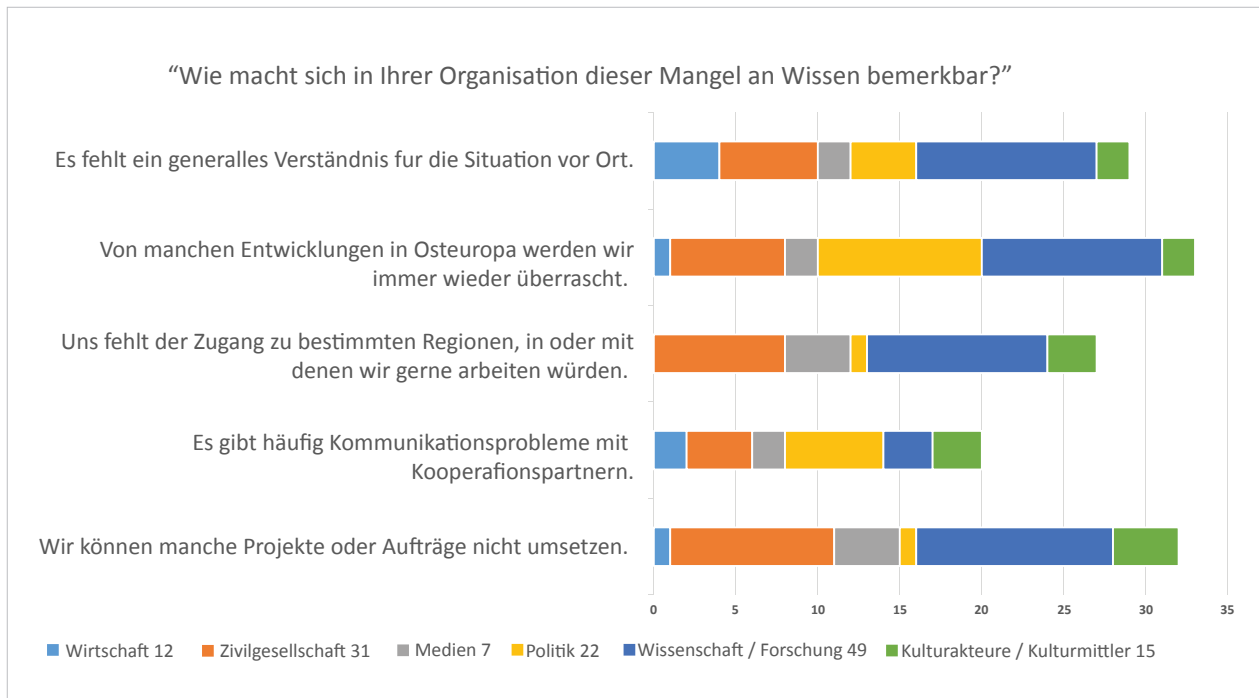


Abbildung 5: Kennzeichen des Mangels an Expertise in den Organisationen. Mehrfachantworten möglich; insgesamt n=141 Nennungen. Zahlen hinter den Organisationen zeigen, wie viele Akteure pro Kategorie insgesamt an der Befragung teilgenommen haben.

ökonomischen und gesellschaftlichen Dynamiken.

Zudem wird eine stärkere Verschränkung von innen- und außenpolitischen Themen wie z.B. Klimaanpassung, Gesundheits- und Sozialpolitiken, Kultur als innen- wie außenpolitische Soft Power, Demographie und Migration, Stadt- und Regionalentwicklung und vieles mehr als künftig relevant genannt. Insgesamt lässt sich an vielen Stellen aus den Interviews die Erwartung herausarbeiten, dass die zunehmenden gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Dynamiken im postsozialistischen Raum von einer ebenso dynamischen und transnationalen Forschung analysiert und erklärt werden sollten, und dass es stärker gelingen müsste, zwar zu sehr spezifischen Fragen zu arbeiten, diese aber möglichst breit zu kontextualisieren und somit das verloren gegangene ‚Orientierungswissen‘ neu wieder herzustellen. Die Expertinnen und Experten, die sich in den unterschiedlichen Disziplinen den Osteuropa-Area Studies zugehörig fühlen, stehen damit vor einer ebenso großen Herausforderung wie die Förderung projektbasierter und vor allem institutionalisierter Forschung, um Dynamiken, Mikro- und Makroperspektiven osteuropäischer Entwicklungen zu erfassen und in die

politische, wirtschaftliche, zivilgesellschaftliche, mediale, kulturelle und akademische Arbeit einzuspeisen.

Vortragssaal



Alina  
Jašina-Schäfer

Alina Jašina-Schäfer

# Veranstaltungsberichte

## Die Zukunft von Belarus

Bericht: Paul Schröck

Seit mehr als einem Jahr unterdrückt das herrschende Regime in Belarus die gesellschaftliche Demokratiebewegung. Friedliche Massenproteste gegen die Fälschung der Präsidentschaftswahlen haben die Einsatzkräfte des Gewaltherrschers brutal niedergeschlagen. Vereine, Initiativen und Medien wurden verboten, ihre Vertreter\*innen sitzen im Gefängnis, wurden in die Emigration getrieben oder leben in der täglichen Gefahr einer Verhaftung. Vor diesem Hintergrund diskutierten Valery KAVALEUSKI Kabinettschef Svetlana Tichanovskajas aus Vilnius, Wojciech KONOŃCZUK, Stellvertretender Direktor des Zentrums für Oststudien (OSW) in Warschau und die Berliner Politikwissenschaftlerin Astrid SAHM über mögliche Entwicklungen und Handlungsoptionen der belarusischen Opposition und der westlichen Staaten in den kommenden Monaten und Jahren.

Kavaleuski beschrieb die aktuelle Situation als Sieg der Konterrevolution Lukaschenkas. Dies läge nicht zuletzt an der gewaltfreien Protestform der Opposition. Dass

diese von Beginn an und trotz der heftigen Gewalt der Sicherheitskräfte vollkommen friedlich blieb, sei sowohl die Stärke als auch die Schwäche der Bewegung. So hätten die Demonstrant\*innen zwar der Weltöffentlichkeit die Rechtmäßigkeit ihres Protestes vor Augen führen können, doch sei mit dieser gewaltfreien Form des Widerstands Lukaschenkas Regime, das auch vor extremer Gewaltanwendung wie dem Einsatz von Schusswaffen nicht zurückschrecke, nur schwer zu besiegen.

Dabei machte Kavaleuski bis zum Oktober 2021 zwei wichtige Zäsuren aus. Die erste sei die von Lukaschenka erzwungene Landung einer Passagiermaschine im Mai 2021 gewesen. Kavaleuski bewertete dies als Versuch des Diktators, sich erneut als „starken Mann“ zu präsentieren. Als zweite Zä-

sur benennt Kavaleuski die von Lukaschenka betriebene Flüchtlingspolitik, in deren Rahmen tausende Menschen nach Belarus eingeflogen und an die belarusisch-polnische Grenze verfrachtet wurden. Für Kavaleuski sind dies entscheidende strategische Fehler Lukaschenkas. Indem dieser in beiden Fällen die Interessenssphäre der

**Podiumsdiskussion**  
6. September 2021, Berlin

In Kooperation mit dem  
Pilecki-Institut Berlin



EU tangierte, sei er in die „Defensive“ geraten. Schließlich bliebe der EU nun nichts anderes mehr übrig, als harte Strafsanktionen gegen sein Regime zu verhängen.

Astrid Sahn äußerte sich hierzu vorsichtiger. Zwar stünden beide Ereignisse klar für eine Eskalationsspirale, doch müsse man sie gesondert voneinander betrachten. Im Hinblick auf die Ryanair-Affäre etwa sei weder abschließend geklärt, ob es sich eindeutig um politisches Kalkül Lukaschenkas handelte, noch wisse man eindeutig, „wer welche Entscheidung aus welchen Gründen getroffen“ habe. Nicht hinter jeder politischen Entscheidung in Belarus stecke zwangsläufig Lukaschenka. Stattdessen müsse man bei der Analyse die besondere Situation im Land beachten, wonach sich sowohl staatliche als auch zivilgesellschaftliche Akteure in einem „wechselseitigen Informationsvakuum“ befänden. Demnach gebe es immer unterschiedliche Varianten und Darstellungen der einzelnen Ereignisse. So handelten die belarussischen Behörden beispielsweise in eigener Wahrnehmung als rechtmäßiger Strafverfolgungsapparat.

Dies gelte ebenso für die von Lukaschenka maßgeblich provozierte „Flüchtlingskrise“ an der Grenze zu Polen. Hier sei es laut Sahn zum einen möglich, dass Lukaschenka, in Anbetracht des „Flüchtlingsdeals“ der EU mit der Türkei, darauf hoffe, selbst einen Hebel in der Hand zu halten, um mit der EU in Verhandlungen zu treten. Außerdem sei auch ein ideologisches Kalkül des belarussischen Präsidenten denkbar. So ließe sich seine Politik auch als ein Versuch interpretieren, die EU vorzuführen und ihr gleichsam aufzuzeigen, dass ihre Selbstwahrnehmung als eine Wertegemeinschaft nur eine Farce sei.

Gleichzeitig gelte es, so Sahn, auch die Strategie der Oppositionsbewegung kritisch zu analysieren. Nicht nur Lukaschenka, sondern auch die Protestbewegung habe strategische Fehler begangen. Ein Beispiel hierfür stelle das gescheiterte Ultimatum im Oktober 2020 dar. Hätte die Opposition stattdessen auf Dialog und auf schrittweise Veränderungen gesetzt, wären, unter Einbeziehung der lokalen Exekutive, die schon seit zehn Jahren mehr Haushaltskompetenzen, mehr Verhältniswahlrecht und direkte Bürgermeisterwahlen fordere, vielleicht Verfassungsänderungen möglich geworden. Dies hätte dann im zweiten Schritt zu freien und fairen Wahlen führen können. Durch das Ultimatum aber habe man diese Eliten abgeschreckt und noch stärker ans

Regime gebunden, da sie für den Fall eines Regierungswechsels eine Strafverfolgung befürchten müssten.

Angesichts einer solchen Entwicklung stellt sich die Frage nach einer angemessenen Reaktion der EU. Für Wojciech Konończuk gibt es keine Alternative zu harten Sanktionen der EU und der USA gegenüber Belarus. Das einzige Ziel des Präsidenten sei es, unter allen Umständen an der Macht zu bleiben. Alle bisherigen Verhandlungsversuche europäischer Staatsoberhäupter mit Lukaschenka seien daher erfolglos geblieben. Im Gegenteil stünde Lukaschenka eine Vielzahl von Machtmitteln zur Verfügung, um seinen Machtanspruch durchzusetzen. Daher seien internationale Sanktionen das einzige Mittel der EU, sich sowohl mit der belarussischen Opposition solidarisch zu zeigen als auch Lukaschenkas Regime entscheidend zu schwächen, für dessen Verbrechen zu bestrafen und schlussendlich an den Verhandlungstisch zu zwingen. Soweit man dies aus dem sehr limitierten Pool an Informationen aus sozialen Netzwerken nachvollziehen könne, würden derartige Sanktionen auch von den Belarus\*innen selbst gefordert. Schon jetzt gebe es, so Konończuk, Hinweise darauf, dass sich die bereits verhängten Sanktionen als wirksam erwiesen hätten. So sei etwa die Präsenz chinesischer Unternehmen in Belarus spürbar zurückgegangen. Er wies zudem darauf hin, dass es nicht nur darum gehe, staatliche Unternehmen zu sanktionieren. Viel eher solle es für die Oligarchen zu teuer werden, weiterhin Lukaschenkas Regime zu unterstützen. Er halte es für wichtig, dass die EU Stärke beweise und deutlich aufzeige, dass sie Mittel habe, sich zur Wehr zu setzen.

Astrid Sahn hingegen stellte die Alternativlosigkeit von Sanktionen in Frage. Zwar sei es aufgrund eines drohenden Gesichtverlustes der EU falsch, bereits bestehende Sanktionen aufzuheben, doch müsse man die Wirksamkeit solcher Maßnahmen, insbesondere im Hinblick auf einen Regierungswechsel, anzweifeln. So verhängte man bereits seit dem Jahr 1996 Sanktionen gegen Lukaschenka, doch hätten diese bisher keinerlei Wirkung im Sinne einer gewünschten politischen Veränderung gezeigt. Im Gegenteil träfen die aktuellen Sanktionen auf individueller Ebene vor allem die verbliebenen zivilgesellschaftlichen Akteure im Land, deren Kooperations- und Handlungsmöglichkeiten durch Maßnahmen wie das Flugverbot und Einschränkung des Geldverkehrs stark eingeschränkt seien. Weiterhin stärkten die Sanktionen Lukaschenkas Ansatz zu einer Geopolitisie-

rung der Krise. Demnach sei es für den Erfolg von Sanktionen notwendig, auch Russland einzubeziehen, um die russische Unterstützung für Belarus zu teuer werden zu lassen. Weiterhin zweifelte Sahm die These an, Lukaschenka mithilfe von Sanktionen an den Verhandlungstisch zwingen zu können. Dieser habe bereits in der Vergangenheit negativ konnotierte Erfahrungen mit Verhandlungen gesammelt und sehe diese als „den ersten Schritt ins Verderben“. Dabei verweise er oftmals auf die außer Kontrolle geratenen Reformen Gorbatschows. Stattdessen gelte es, Teile des belarussischen Staatsapparates dazu zu bewegen, sich vom Regime abzuwenden. Sanktionen seien hierfür jedoch zumindest in Teilen kontraproduktiv, da sie den gegenteiligen Effekt bewirken könnten. Als alternativen Ansatz schlug Sahm vor, mit horizontalen Sanktionen zu arbeiten, die sich beispielsweise nur auf die Situation der Migrant\*innen an der belarussischen Grenze bezögen und eng gefasst seien.

Laut Kavaleuski zielen die Sanktionen nicht auf einen Regierungswechsel, sondern darauf, die Gewalt zu beenden, die Situation politischer Gefangener zu verbessern und ein Zeichen der Solidarität mit der belarussischen Opposition zu setzen. Zudem gebe es in Belarus keine Zivilgesellschaft mehr, die durch Sanktionen

getroffen werden könnte. Nichtsdestotrotz halte er es aber für verfrüht, bereits heute Aussagen über die Effektivität der bisher verhängten Strafmaßnahmen zu treffen. Nicht nur Sanktionen, sondern vor allem die sichtbare Präsenz der Opposition in Belarus sei entscheidend. Einigkeit bestand darüber, dass die politische Situation in Belarus sowohl für die EU als auch für die belarussische Opposition ein Dilemma darstellt, für das es keine eindeutige Lösung zu geben scheint. Die Machtposition beider Seiten sei zu schwach, weshalb die ihnen zur Verfügung stehenden Druckmittel nicht ausreichen. In Bezug auf die Strafmaßnahmen der EU gebe es aber keine Alternativen. Auch wenn die Gefahr eines gegenteiligen Effekts evident ist, so sei es eine Frage der Glaubwürdigkeit, weiterhin Sanktionen gegen Lukaschenka zu verhängen.

## Capitalism and Socialism Through the Russian Prism. Lineages of Concept Formation and the (Post)-Soviet Experience

Bericht: Alexandra Heidsiek, Sophia Othmer und George Payne

With the thirtieth anniversary of the dissolution of the Soviet Union fast approaching, academics and analysts alike continue to question the meaning behind this historical moment. This international conference, hosted by the Freie Universität Berlin with the support of the German Association for East European Studies (DGO), was an attempt to come to terms with the political economy of a country at the heart of global ideological debates. In their introductory remarks, the organizers Katharina BLUHM (Berlin), Friedrich ASSCHENFELDT (Princeton), and Sebastian HOPPE (Berlin) set out to unify empirical research from sociology, political science, and history into transformational periods of modern Russian history. Their stated goal was to examine the use and applicability of categories like socialism and capitalism in the case of the Soviet and of the post-Soviet case. The workshop began by re-considering the emergence and spreading of Soviet socialism. Max TRECKER

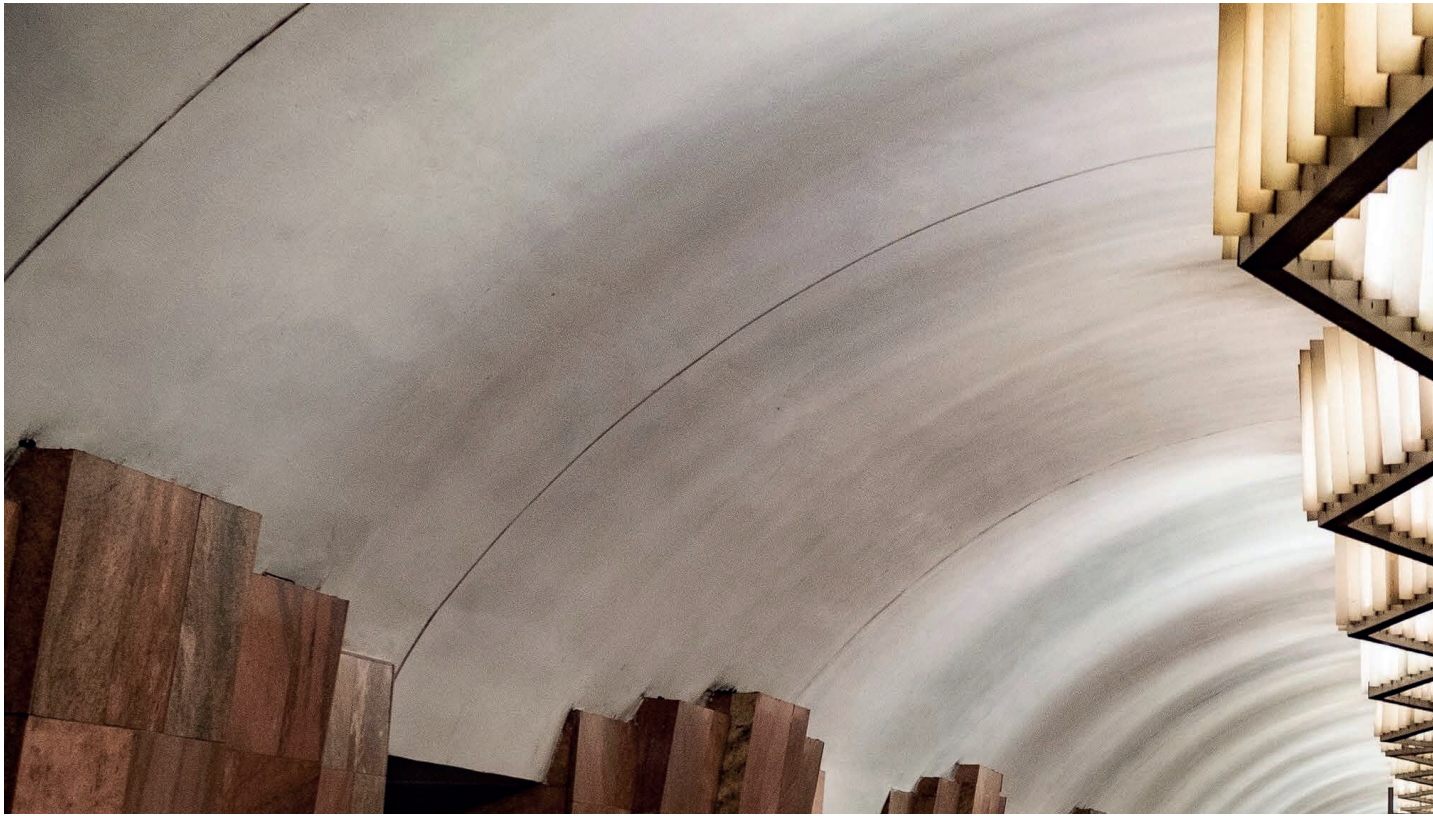
(Leipzig) and Asschenfeldt sought to elucidate how the German World War I economy may be regarded as a model for the Soviet Union's early experiments with

**Workshop**  
22.–24. September 2021, online

In Kooperation dem Osteuropa-  
Institut der Freien Universität  
Berlin und dem Department of  
History der Princeton University

Marxist central planning. While the mechanisms Germany employed exemplified the possibilities for economic rationalization, as Lenin himself famously acknowledged, war-time mobilization across the continent appeared to signal a transition to a non-capitalist social and economic order. The subsequent collapse of the Imperial Russian economy inherited by the Bolsheviks further necessitated a novel degree of planning.

The short life of four Soviet-China joint stock companies was used by Xiao SUN (Princeton) in her presentation to question the nature and goals of the spread of Soviet-style socialism. Drawing on company data and qualitative sources, she argued that economic relations between the two countries after the 1949 revolution were comparable to those of capitalist countries. Such findings relativize



Metrostation Barrikadnaya, Moskau ©Sebastian Hoppe

claims from the likes of Odd Arne Westad that Sino-Soviet relations were that of ‘brothers in arms’.<sup>1</sup> Rather, state capitalism and possibly colonial exploitation were discussed as more relevant concepts of analysis. This empirically-grounded story could feed into a growing field dedicated to the study of socialist globalization.<sup>2</sup>

The next discussion also placed the USSR in international context, albeit in the fields of health and environment. Presenting a research proposal, Zuleykha MAIL ZADA (Munich) suggested that the re-integration of the USSR into the World Health Organization in 1956 was accompanied by a policy shift in line with the global institution’s depoliticized approach to technical assistance. Soviet officials then used these interactions with the WHO to reconfigure centre-periphery relations and consolidate the regime by impeding nationalism in the republics. Unlike the previous speaker, Taylor ZAJICEK (Princeton) found that notions of capitalism and socialism seemed to lose their clarity when re-researching the politics of environmentalism through the prism of science, culture, or technology in the Black Sea region from the 1960s to the 1980s. Building on

a trend in environmental historiography which looks at two systems in comparative perspective, he emphasized the complex entanglements between the Soviet Union and its capitalist neighbour Turkey.

Hoppe opened a new session by directly addressing the workshop’s title and questioning whether post-Soviet Russia is (state) capitalist. He argued that its political economy more closely resembled rentierism. This hypothesis is a reaction to what Hoppe believes is the inflationary use of the term ‘capitalism’ in and outside of academia to describe the state of the Russian economy that emerged after 1991. Ultimately, his position relies on a narrow definition of capitalism as a profit-based social formation, which is conceptually and empirically challenged by Russia’s political economy of rent.

The next, somewhat complementary, intervention on the subject of whether post-Soviet Russia is capitalist came from Ewa DAŹBROWSKA (Berlin), who spoke of Soviet legacies in Russian industrial policy which contradict the standard definition of capitalism. These can be found in areas like infrastructure, technological innovation,





space exploration, creating artificial demand, and the production of consumer goods by the military industrial complex. In an era where state capitalism seems to be on the rise, Dąbrowska traced the origins of the “Soviet turn” in one of its emblematic cases. She concluded that the failures of the hands-off approach of the 1990s, rather than authoritarianism, define the present moment.

The following session examined the role of elites in Russia’s transition to capitalism. While the historical approach of Tobias RUPPRECHT (Berlin) and sociological prosopography of Olessia KYRCHYK (Moscow) differ, both their presentations questioned the narrative of Western diffusionism in the rise of neoliberal ideas in Russia. They argued for a more nuanced approach when looking at the intellectual and political development of a generation of young economists shaped more by a tradition of mathematical economics and the global economic crises of the 1970s. Kyrchyk, in particular, emphasized how the reformers came from within, drawn out of the elite academic and party structures. Rupprecht’s research will be published as a chapter in Dieter Plehwe and Quinn Slobodian’s forthcoming edited book

Market Civilizations: Neoliberals East and South.<sup>3</sup>

Sophie LAMBROSCHINI (Berlin) brought to life the story of Soviet capitalist bankers abroad and how they helped guide post-communist transformation, focusing on the first Soviet bond issued in Zürich in 1988 by the Bank for Foreign Economic Affairs of the USSR, or Vnesheconombank, with the support of the West German Bank für Kredite und Außenhandel. The role of the so-called “Zurich network” demonstrated how technocrats, not simply those in the upper echelons of power, were instrumental in opening the economy to foreign trade.

The topic “Soviet Socialism and the Political Economy of the Cold War” directly related to the premise of the conference. In a text co-authored by Tim BARKER (Cambridge, Massachusetts), Yakov FEYGIN (Los Angeles) pointed to the remarkable similarities in the political economy of both superpowers during the Cold War. The parallels in the two countries’ post-war development had been remarked upon by convergence theorists of the 1970s, who considered capitalist free markets and socialist planning to be complementary in industrialized societies, even if delivered in different



social forms.<sup>4</sup> The similarities ended in the 1980s, according to Feygin, when the US proved to be politically more flexible by adopting the “low-hanging fruit” of neoliberalism. He also openly questioned whether the USSR was indeed socialist, especially during the 1980s.

While current literature on enterprise reform in the late Soviet Union pits bold reformers against conservatives in government and society, Anna IVANOVNA (Cambridge, Massachusetts) suggested that opposition was widespread. In her view, the reformers’ belief in the progressive nature of the transformations and the general populace’s far-sighted concerns about rising inequality showed that public debate was still couched within socialist terminology of labour and income distribution. This runs contrary to the customary and triumphalist liberal script that the reforms ultimately discredited socialism and led to the Soviet Union’s demise.<sup>5</sup>

Sticking with market reform, Boris GINZBURG (Berlin) evaluated three familiar hypotheses for the “loans-for-shares” privatization campaign of the mid-1990s. One, the Kremlin sold off state assets in unfair auctions to secure financial and media support from the oligarchs for Yeltsin’s presidential election campaign in 1996. Two, the same government used oligarchs to unseat “Red Directors” in state enterprises. Three, the Kremlin wanted to convert the oligarchs from pro- to anti-inflationary forces. His preferred account blended the first two, closely resembling the narrative of the implicated oligarchs.

Turning towards the global implications of the Soviet Union’s fall for pro-market theories of development, the presentation from Mihai VARGA (Berlin) surveyed the World Bank’s oral history project using the theoretical framework of paradigm hybridization.<sup>6</sup> The institution’s understanding of capitalism was characterized by a strong focus on market economy and property rights. Since “anomalies” or divergent cases like China and Russia had to be explained within the existing narrative framework, the World Bank’s original concept of capitalism took what the author referred to as an “argumentative U-turn”. Whereas at the start of the 1990s, transitioning countries were perceived as rather homogenous, different outcomes were later explained by the speed of reforms or pre-existing conditions within these countries. By integrating new explanatory variables into an existing paradigm without changing core assumptions, Varga made the case that the World Bank was a central agent in shaping the neoliberal consensus.

The last topic “Illiberal Conservative Developmental Statism” was based on a chapter by Bluhm in an upcoming book. She presented the draft together with her colleague and co-author Varga. For them, the term illiberal conservatism is not sufficient to understand the post-communist space on an ideological level. To exemplify this, they cited countries like Poland, Russia, and Hungary, where nationalist politicians exploited the political vacuum left by the absence of ‘traditional’ conservatism to establish a particular form of illiberal conservatism. In a break with their neoliberal predecessors, these new political players emphasized a strong central executive branch as a counterforce and as the means to accelerate development. Hiding behind populist speech, they shared a common ideology, for which Bluhm and Varga coined the term “illiberal conservative developmental statism”.

The conference managed to blend established academics and young researchers, all of whom were eager to open up new ground in their joint fields of research. The list of speakers did, however, reflect the hosts’ institutional ties. A broader group could be invited in the future, in particular academics from the post-Soviet space. The chosen topics leaned heavily, but not exclusively, on political economy. Indeed, the focus on transformational periods in Russian history could be read as a story of the state as the agent of change.

As for the overall theme, Max Weber’s understanding of concept formation as an interpretative construction of reality remains controversial in social sciences. The conference attempted to critically evaluate the notions of capitalism and socialism: Are they appropriate and useful concepts to grasp the historical and cultural nature of the researched phenomena? Among participants, it was accepted that clear definitions of socialism and capitalism may be helpful or even required in some cases, but have limited use in others. This opens up the opportunity for other terms of reference, like rentierism, state capitalism, or the wordier illiberal conservative developmental statism. Their advantage over the socialism/capitalism paradigm is yet to be clearly proven.

The question of how to categorize Soviet and post-Soviet Russia is still vexing. 1991 as a point of transition was relativized throughout the conference, largely due to the incomplete results of said transition. Thirty years on, it is unclear whether Putin will continue to revive Soviet legacies or lead Russia down a new path.

Der Tagungsbericht ist am 10.12.2021 in:  
H-Soz-Kult, unter [www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9207](http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9207) erschienen.

#### References:

1. ODD. A. WESTAD (ed.), *Brothers in Arms: The Rise and Fall of the Sino-Soviet Alliance, 1945–1963*, Washington, DC 1998.
2. OSCAR SANCHEZ-SIBONY, *Red Globalization: The Political Economy of the Soviet Cold War from Stalin to Khrushchev*, Cambridge 2014; MAX TRECKER, *Red Money for the Global South: East-South Economic Relations in the Cold War*, London 2020.
3. DIETER PLEHWE y QUINN SLOBODIAN (eds.), *Market Civilization: Neoliberals East and South*, Princeton, NJ 2022.
4. JOHN KENNETH GALBRAITH, *The New Industrial State*, Princeton, NJ 1967.
5. FRANÇOIS FURET, *The Passing of an Illusion: The Idea of Communism in the Twentieth Century*, Chicago, IL 1999; Jürgen Habermas, *Die nachholende Revolution*, Frankfurt am Main 1990.
6. World Bank Group Archives: *Oral History Program: oralhistory.worldbank.org* (24.10.2021); The term paradigm hybridization was taken from: BRUNO LATOUR, *We Have Never Been Modern*, Cambridge, MA 1993.

## Emanzipation in Belarus, Polen und (Ost-)Deutschland. Konzepte und Realitäten aus der Perspektive von Frauen

Bericht: Paul Schröck

Fotos: Ole Witt

In Belarus mobilisierten Frauen den Aufstand gegen das diktatorische Regime und die paternalistische Gesellschaft. In Polen initiierten Frauen mit dem Schwarzen Protest gegen das Abtreibungsverbot eine landesweite Protestbewegung. In Deutschland polarisieren verschiedene Debatten um Geschlechtergerechtigkeit die Gesellschaft. Die Forderung von Frauen nach Gleichberechtigung ist alt, die Schwerpunkte im Ringen um die Gleichberechtigung werden immer wieder neu justiert. Die erste und einzige Gleichstellungsbeauftragte der DDR-Regierung, Marina GRASSE, die belarusische Philosophin und Mitglied des Koordinierungsrates der belarusischen Opposition, Olga SHPARAGA und die Kulturwissenschaftlerin Jennifer RAMME von der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) diskutierten über Konzepte und Realitäten von Gleichberechtigung im ausgehenden Sozialismus und den Wandel von Themen und Forderungen in den postsozialistischen Gesellschaften bis hin zu der Frage, wo wir heute mit Blick auf die Emanzipation stehen.

Noch zu Beginn der 1980er Jahre habe es innerhalb der oppositionellen Friedensbewegung der DDR, bis auf die Ausnahme „Frauen für den Frieden“, keine reinen Frauengruppen gegeben, so Marina Grasse. Doch im Zuge der Gründung von neuen Bürgerbewegungen, wie etwa dem „Neuen Forum“, habe die Revolution ab dem Sommer 1989 durchaus ein weibliches Gesicht

erhalten. Nach Grasse spielten Frauen zu dieser Zeit nicht nur eine wichtige Rolle bei dem Protest auf der Straße, sondern versuchten sich darüber hinaus aktiv „für eine revolutionäre Erneuerung der DDR“ zu engagieren. Die basisdemokratische Struktur der Bürgerbewegungen habe zu Beginn der Wendezeit die politische Partizipation von Frauen ermöglicht.

Im Zuge der ersten und einzigen freien Wahlen der DDR im März 1990 habe sich dies

schlagartig geändert. Mit dem überraschenden Sieg der konservativen „Allianz für Deutschland“ verringerte sich der Anteil der Frauen in der Volkskammer deutlich und die Bürgerbewegungen rutschten in die politische

### Podiumsdiskussion 27. September 2021, Berlin

In Kooperation mit der  
Mobilen Akademie für  
Geschlechterdemokratie und  
Friedensforschung (OWEN)

Bedeutungslosigkeit ab. Statt der Forderung der Frauengruppen nach einem Gleichstellungsministerium nachzugeben, sah die neue Regierung vor, den Posten einer Gleichstellungsbeauftragten der Regierung mit eigenem Arbeitsstab beim Ministerpräsidenten zu schaffen. Während ihrer kurzen Amtszeit von März bis Oktober 1990, so Grasse, sei sie sich ihrer Aufgabe zwar zunehmend bewusst geworden. Ihre Arbeit habe aber kaum zu realen Verbesserungen geführt. Dies lag laut Grasse insbesondere daran, dass gleich nach den Wahlen ab Mai 1990 die

Verhandlungen zum Einigungsvertrag zwischen der DDR und der BRD begannen. Dafür mussten alle Gesetze der DDR der bundesrepublikanischen Gesetzgebung angepasst werden. Auf der politischen Agenda rutschte das Thema Frauen und Gleichstellung ganz nach hinten.

Insgesamt habe sich durch die Wiedervereinigung die rechtliche Situation der ostdeutschen Frauen sogar verschlechtert. Ein Beispiel dafür stelle etwa die Abschaffung der sogenannten „Fristenlösung“ bei Schwangerschaftsabbrüchen zugunsten eines gesamtdeutschen Kompromisses in Form einer „faktischen Fristenlösung“ dar, die einen Abbruch zwar als rechtswidrig ansah, für Betroffene allerdings keine strafrechtliche Verfolgung vorsah. Somit zeige sich, dass aus den durchaus weiblich geprägten Massenprotesten auf der Straße keine ernstzunehmende politische Basis geschaffen werden konnte, frauenpolitische Themen im Rahmen der Wiedervereinigung keine Rolle spielten und emanzipatorische Errungenschaften der DDR nicht in die bundesrepublikanische Gesetzgebung übernommen wurden. Noch heute seien die Auswirkungen hiervon zu spüren.

In Belarus dagegen, führte Olga Shparaga aus, herrsche bis heute die Meinung vor, Lukaschenka habe „das Beste“ aus dem Sozialismus, wie etwa die Frauenrechte, übernommen. Tatsächlich aber sei die Gleichberechtigung



v.l.n.r.: Olga Shparaga, Jennifer Ramme, Marina Grasse

der Frau in Belarus lediglich ein Mythos. So habe sich der „Gender Pay Gap“ zwischen 1995 und 2018 um noch einmal 7% auf knapp 28% erhöht. Generell ließe sich seit Mitte der 1990er Jahre eine kontinuierliche Verstärkung der Ungleichheit in Belarus beobachten.

Gleichzeitig hätten die belarusischen Frauen mehr Bewusstsein für diese Ungleichheit entwickelt und seien heute selbstbewusst genug, diese Missstände auch anzuprangern. Gab es etwa zu Sowjetzeiten noch keine selbstorganisierten, feministischen Gruppen, so seien es heute bereits 36. Die Belarussinnen würden sich als politische Akteurinnen sehen, die aktiv ihre Rechte einfordern. Dieses neue Selbstbewusstsein der belarusischen Frauen zeigte sich laut Shparaga insbesondere im Protest gegen Lukaschenka im Zuge der Wahlen im Jahr 2020. Demnach habe die „Revolution“ ein zunehmend weibliches Gesicht erhalten. Die Frauen seien aufgrund ihrer Erfahrungen in selbstorganisierten Gruppen „auf die Proteste vorbereitet“ gewesen. So gebe es eindeutig eine feministische Dimension der Proteste, die ausdrücklich auch häusliche Gewalt gegen Frauen und die Gewalt gegen Angehörige der LGBTQ+-Community anprangere, statt sich ausschließlich auf die Staatsgewalt zu fokussieren. In Polen ist laut Jennifer Ramme, die die Bewegung des Allpolnischen Frauenstreiks (AF) erforscht, das



erreicht worden, wie beispielsweise die Einführung von Genderstudiengängen an den Universitäten. Doch mit dem Urteil des polnischen Verfassungsgerichts am 22. Oktober 2020 zur Verschärfung des Gesetzes zu Schwangerschaftsabbrüchen habe der Staat eine institutionelle Blockade gegen die progressiven Bestrebungen des liberalen Feminismus installiert. Angesichts dieser Enttäuschung habe sich erneut eine massenhafte, aber auch äußerst heterogene Protestbewegung auf der Straße gebildet, die

Thema der reproduktiven Rechte der Ankerpunkt der Frauenbewegung. Dabei lässt sich die Ausgangslage seit den 1980er Jahren hinsichtlich der Gleichberechtigung durchaus mit anderen postsozialistischen Staaten vergleichen. Ähnlich wie etwa in Belarus könne man sowohl Fort- als auch Rückschritte im Sinne der Gleichstellung von Frauen ausmachen. Während Frauen im sozialistischen Polen in verschiedenen Institutionen repräsentiert waren und auch das Recht auf Schwangerschaftsabbruch genossen, wurde die Gewalt gegen sie, wie etwa Vergewaltigungen in der Ehe, nicht thematisiert. Im Gegensatz zu den 1980er und frühen 1990er Jahren habe sich jedoch, vor allem auf der kulturellen Ebene, sehr viel verändert. Bestimmte damals vor allem die männliche Perspektive den kulturellen Raum, hätten Frauen hier heutzutage viel mehr Präsenz. Auch im privaten Bereich seien diese nun gleichberechtigter.

Mit den ersten Versuchen der rechtskonservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) im Jahr 2016, die Gesetzeslage zu Schwangerschaftsabbrüchen zu verschärfen, entstand eine politisierte Straßenprotestbewegung, die sich gegen den Einflussgewinn der Kirche und eine Institutionalisierung der nationalkatholischen Ideen zur Wehr setzte. Als Anhänger\*innen eines, nach Ramme liberalen Feminismus, hofften diese, den polnischen Staat transformieren und auf diese Weise die Gleichberechtigung voranbringen zu können. Tatsächlich sei viel

sich, so Ramme, stark an den belarusischen Protesten orientiere und diese als Vorbild nutze. Ein Konfliktpunkt der feministischen Bewegung sei allerdings die Frage, ob man eine basisdemokratische Straßenbewegung bleiben, oder mit der Politik zusammenarbeiten solle.

Abschließend lässt sich festhalten, dass die Gleichberechtigung der Frau im Sozialismus in allen drei Ländern ein Mythos war. Gerade im kulturellen und im privaten Bereich waren Frauen nicht gleichgestellt. Hier hat sich seither in allen drei postsozialistischen Gesellschaften einiges verbessert, doch eine institutionelle Ungleichheit herrscht weiterhin fort. Nichtsdestotrotz haben die Frauenbewegungen der drei Länder unterschiedliche Ursprünge und Ansätze. Ging es den ostdeutschen Frauen um dezidiert frauenpolitische Themen, so richtet sich der Straßenprotest in Belarus gegen das patriarchale Regime Lukaschenkas, während die Frauen in Polen den Abbau der Rechtsstaatlichkeit verhindern und eine emanzipatorische Demokratisierung vorantreiben wollen. Allen gemeinsam ist der Kampf für die reproduktiven Rechte der Frauen. Insgesamt zeigte sich, dass für die Frauenbewegungen aller drei analysierten postsozialistischen Gesellschaften die basisdemokratische Grundstruktur eine wichtige Rolle bei der Selbstorganisation und Organisation von Protest mit allen Vor- und Nachteilen spielte.



## Authority and Medical Expertise: Health as a Social Good and Political Argument in Eastern Europe, Russia and Beyond

Report: Julia Malitska

The aim of the online international historical conference was to provide a forum for discussion on the social determinants of health and the interdependencies between political authorities, agency and medical expertise in East Central Europe, Russia and the Caucasus from a historical perspective. One of the further ambitions of the conference organizers was to tackle and reflect on the questions of the public and political approaches to human and public health across time and space, as well as to explore the complexities of relationships between rulership and governance on the one hand, and medical expertise on the other.

The conference offered a solid geographical representation of topics, and brought together a diverse array of case studies and perspectives on the issues at hand. The papers addressed and conceptualized the objectives of the conference from different spheres of scientific knowledge and medical disciplines such as epidemiology, venereology and dermatology, forensic

psychiatry, gerontology. The conference was comprised of five panels and a project presentation. It brought together 21 researchers at different stages of their career to present and discuss their works-in-progress, as well as original results of their research in the fields of the

history of medical knowledge, expertise and manifold politicization(s) throughout the eighteenth and twentieth centuries.

The three papers in the first section discussed the developments in the contexts of the ancien regime, histories of empires, in East Central Europe. They focused on multifaceted discourses of and practices concerning madness in Hungary during 1780–1830, medical orientalism in 19th and 20th century Czech culture, and discussions on obstetrics in late partitioned Poland.

The lion's share of the conference papers however focused on the long 20th century, with the specific focus on the developments after the Second World War, and within the Eastern Block and Soviet contexts. The presen-

### Conference

20.–21. October 2021, online

In cooperation with the Herder Institute for Historical Research on East Central Europe and the German-Polish Society for the History of Medicine

tations held in various panels also witnessed a variety of approaches and methodological inspirations, ranging from Edward Said's orientalism, Michel Foucault's biopolitics and governmentality, to critical discourse analysis and microhistory. The aim of the conference was addressed and comprehended by the panellists from gendered and environmental perspectives, cultural studies, including both from bottom-up approaches (for example, the case studies about visiting nurses in Stalinist Poland and socialist Hungary) and top-down vantage points (for example, the papers on politization of women's health in socialist Poland, Czechoslovakia, and East Germany). Focusing on practices and policies in a multitude of national and local contexts, the conference papers made use of rich source material including archival materials, memoirs and sources of personal origin, policy documents, to visual material. The cross-cut topics that surfaced during the presentations and discussions were, among others, professionalization of medical expertise; politics–science nexus; violence, discipline, and correction; biopolitical techniques and logics; knowledge transfer over borders and its adaptation(s); sexuality, reproduction, and body politics.

The first day of the conference ended with a keynote lecture by Prof. Dr. Sven Opitz, entitled "Ecologies of Breath: Vital Atmospheres in Times of Covid 19."

Using the example of vital atmosphere research (aerosols) on spreading the coronavirus during the current pandemic, he clearly revealed the influence of medical authority on societies and political actors. Following his lecture, the final discussion began and two viewpoints dominated: shifting gender regime(s) and its imprint(s) on socialist and Soviet medicine, as well as the concept of the "preventive medicine", and the interplay between "prevention" and "curation" in Soviet medicine. The panellists made general observations on presented papers, conducted panel discussions, and raised further questions concerning the instrumentalizations of medical knowledge and expertise, as well as politization of health issues and health care.

Focusing on previously understudied and neglected aspects of both medico-scientific and socio-political histories, the conference presentations showed a great epistemological potential in bringing late imperial, Soviet and socialist contexts into a dialogue with more widely studied Anglo-American/Western European cases. Medical humanities is a blossoming field of East Central European Studies, as the conference encounters witnessed.

# #30 PostSoviet Years

## Ist es leicht, jung zu sein? Ein Gespräch über die sowjetische Jugend, die Perestroika und das Ende der Sowjetunion

Bericht: Paul Schröck

Fotos: ZZF Potsdam

*Ist es leicht, jung zu sein?* fragte Juris Podnieks Dokumentarfilm aus dem Jahr 1986 über die junge sowjetische Generation der 1980er-Jahre. Der Film brach mit vielen Tabus: er zeigte ein Konzert einer verbotenen Punkband; junge Hooligans, die sich in Vorortzügen flegelten und randalierten; kaputte und orientierungslose Afghanistanrückkehrer; junge Mütter, die sich um die Folgen von Tschernobyl sorgten. Trotzdem, oder gerade deshalb, wurde der Film schnell ‚Kult‘. Neue Subkulturen, die unter dem Begriff Neformaly fungierten, schossen bald wie Pilze aus dem instabilen Boden der untergehenden Sowjetunion. Politisch gab es bald für jede Ideologie – vom Faschismus über den Zionismus bis zum Anarchismus – eine Vereinigung. Stilistisch wurde alles ausprobiert von Retro Teddy-Boys bis Punk und Glamrock. Aber die Geschichte der wilden sowjetischen Jugend ist dreißig Jahre nach dem Ende der Sowjetunion in Vergessenheit geraten, obwohl sie gerade jetzt, wo junge Leute in Russland und Belarus auf die Straße gehen, ihre Kunst als

Protest verstehen und sich von der Macht versteckte Nischenexistenzen aufbauen, wieder neue Relevanz hat.

Der Schriftsteller und Zeitzeuge Wladimir KAMINER, der seine Jugend in der spätsowjetischen Hippiebewegung

verbrachte, und die Historikerin Juliane FÜRST, die zur sowjetischen 1968er-Generation und der alternativen Szene der Sowjetunion forschte, unterhielten sich über die sowjetische Jugendszene. Dabei gingen sie unter anderem den Fragen nach, wie „leicht“ oder „schwer“ es war, als Hippie in der Sowjetunion abseits der Gesellschaft zu leben, welche Freiheiten die Jugendlichen hatten, welchen Zwängen sie ausgesetzt waren und welche Berührungspunkte es mit westlichen Subkulturen gab.

Aus der Sicht Wladimir Kaminers war es als Hippie leichter, in der Sowjetunion zu leben, als im kapitalistischen Amerika. Die sowjetischen Hippies hätten dem Staat als Pazifisten, denen das Leben ohne Geld am wichtigsten

### Podiumsdiskussion

24. Oktober 2021,  
Berlin und online

Im Rahmen der Reihe  
»KRACH 1991«



v.l.n.r.: Wladimir Kaminer und Juliane Fürst

gewesen sei, nicht feindlich gegenüberstanden. Im Gegenteil habe die „sowjetische Realität“, in der die „Spießbürger“ sich vom Sozialismus abwendeten, einen „nährhaften Boden“ für sie dargestellt. Dabei seien die sowjetischen Hippies grundsätzlich unpolitisch gewesen. Während in den USA und in anderen westlichen Ländern der Vietnamkrieg ein wichtiger Katalysator für die Studierendenproteste der 1968er Bewegung war, habe der Afghanistankrieg die sowjetische Jugend kaum politisiert. Laut Kaminer habe man sich als sowjetischer Hippie nicht als Teil des sowjetischen Staates gesehen. Entsprechend habe man sich für die Kriege des Staates weder interessiert, noch habe man sich für diese verantwortlich gefühlt. Tatsächlich sei es den Hippies stets nur darum gegangen, sich innerhalb des Sowjetsystems seine eigenen Freiheiten zu erkämpfen.

Ein wichtiges Thema hierbei war die Arbeitspflicht in der Sowjetunion. Da das Arbeiten innerhalb der Hippiebewegung verpönt gewesen sei, habe man sich Tätigkeiten ausdenken müssen, um nicht als „Schmarotzer“ im Gefängnis zu landen. Diese Lebensweise habe der Staat jedoch grundsätzlich zugelassen. So berichtet Kaminer, er selbst habe in seiner Moskauer Kommune keinerlei Probleme mit der Staatsmacht und der Polizei gehabt. Insgesamt habe in seiner Erfahrung in der Sowjetunion die Devise vorgeherrscht: „Wir wollen den Staat nicht und der Staat will uns nicht“. Das habe alles

in allem gut funktioniert. Dem widersprach Juliane Fürst. Zwar sei es richtig, dass die individuellen Freiheiten des Einzelnen relativ groß waren und man sich eine Parallelwelt jenseits des Staates aufbauen konnte. Nichtsdestotrotz habe es immer wieder Konfliktpunkte mit dem Staat gegeben, wie beispielsweise dem Militärdienst. Zwar ließen sich auch solche Zwänge umgehen, etwa dadurch, sich als schizophren auszugeben, um dem Armeedienst zu entkommen. Diese Freiheiten hatten jedoch ihren Preis.

Hatte man einmal eine solche Diagnose erhalten und in seinen Akten vermerkt, bestand jederzeit die Gefahr, verhaftet und in eine psychiatrische Klinik eingeliefert zu werden. Dies sei, insbesondere an wichtigen Staatstagen, auch regelmäßig passiert, um die Anhänger\*innen der Subkulturen aus dem Straßenbild zu entfernen.

Dementsprechend stellte Fürst auch die von Kaminer angeführte Nachsicht des Staates gegenüber den jungen Hippies zumindest partiell in Frage. Tatsächlich hätten die sowjetischen Autoritäten nach dem Auftauchen der ersten Hippies in den frühen 1970er Jahren zunächst nicht gewusst, wie man sich ihnen gegenüber verhalten solle. Immerhin war die öffentliche sowjetische Wahrnehmung der US-Hippies, die sich gegen den Vietnamkrieg aussprachen und ein antikapitalistisches Selbstverständnis pflegten, grundsätzlich positiv. Als jedoch die Anzahl der sowjetischen Hippies ab 1971 in die Höhe schoss und diese es auch noch wagten, in Moskau eine Demonstration gegen den Vietnamkrieg zu organisieren, ging der Staat gegen sie vor. Daher dürfe man, resümierte Fürst, nicht von einem generellen Gewährenlassen des Staates sprechen. Vielmehr handelte es sich hierbei um ein Wechselspiel zwischen Nachsicht und Repression: Man konnte Hippie sein, musste hierfür aber auf Karriere, Studium und ähnliches verzichten. Die geplante Demonstration gegen den Vietnamkrieg ist in den Augen Fürsts darüber hinaus ein Beleg

dafür, dass die These von der vermeintlich apolitischen Einstellung der sowjetischen Hippies zumindest hinterfragt werden müsse. Dies gelte umso mehr für den Krieg in Afghanistan. Entgegen den Selbstverortungen der Zeitzeug\*innen, die sich in Interviews als genuin apolitisch beschrieben, offenbaren Archivdokumente, dass zu Beginn des Krieges 1979/80 durchaus Pamphlete gegen den Krieg als Teil einer generellen Befreiung vom Staat in der Hippiegemeinde kursierten. Erst in den späteren 1980er Jahren sei dieses Engagement zunehmend in Vergessenheit geraten und die Identifikation mit apolitischen Themen wichtiger geworden. Generell dürfe man laut Fürst auch nicht vergessen, dass die sowjetische Hippiebewegung, anders als etwa in den USA, nicht genuin antimilitärisch eingestellt war. Durch die Sozialisierung im Sowjetsystem war auch unter den Hippies ein gewisser Patriotismus und der Glaube an die Einzigartigkeit des russischen Volkes vertreten.

Doch was wurde aus den sowjetischen Hippies während der Perestrojka und vor allem nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion? Welche Parallelen gibt es zwischen ihnen und der heutigen Jugend in den postsowjetischen Staaten, die gegen die illiberalen Tendenzen etwa in Russland oder in Belarus auf der Straße protestieren? Nach eigener Aussage bekam Wladimir Kaminer von der Perestrojka persönlich kaum etwas mit. Mit dem Untergang der Sowjetunion hingegen habe im Lauf der 1990er Jahre ein gesellschaftlicher Wandel stattgefunden, der auch an der Hippiebewegung nicht spurlos vorbeigegangen sei. Die Erfahrungen im Sowjetsystem hätten solidarisiert gewirkt: „Das eigene Unglück war ein Teil des allgemeinen Unglücks“. Auch die Entstehung der sowjetischen Hippiebewegung sei ein solcher Solidarisierungsversuch gewesen. Als sich in den 1990er Jahren das Unglück zu einer individuellen Aufgabe wandelte, habe dies die Gesellschaft entkräftet und die alternative Hip-

pieszene verschwand sukzessive aus dem Stadtbild. Diese Entwicklung bestätigte Juliane Fürst. So lasse sich in historischer Perspektive eine Hinwendung der Hippieszene zum Konservatismus und zur Orthodoxie erkennen, die in den 1980er Jahren aufgrund des subversiven Charakters noch nicht zu erkennen gewesen sei. Das strenge Dogma der orthodoxen Kirche der 1990er Jahre färbte auch auf viele Hippies ab, die sich zu intoleranten Bürger\*innen entwickelten. Ein berühmtes Beispiel hierfür stellt etwa der ehemalige Hippie und heutige Theologe Alexander L. Dworkin dar, der verantwortlich für die Verhaftungen von Zeugen Jehovas in Sibirien sei. Dennoch beobachtet Fürst aktuell eine leichte Trendwende. Noch vor fünf Jahren sei sie der Überzeugung gewesen, dass die illiberalen Tendenzen, die in der russischen Kunst bereits in den 1990er Jahren vorhanden waren, heute gesellschaftlicher Mainstream seien. Doch wende sich nicht nur in Russland die Jugend wieder vermehrt dem Sozialismus und dessen Subkulturen zu. Neu hierbei ist die Feminismusdebatte. Bands wie etwa „Pussy Riot“ stellen ihre Weiblichkeit und ihre Sexualität provokativ dar. Hierin besteht laut Fürst der Bruch mit den alten Subkulturen. Somit führte der tiefgreifende Schock der Erfahrungen nach 1991 sukzessive dazu, dass sich wieder mehr junge Menschen in den postsowjetischen Staaten einem System zuwenden, in dem für Kaminer eben „alles möglich“ und für Fürst genauso „alles unmöglich“ war.





## Jenseits der Nostalgie. Neuaneignungen des Spätsozialismus in osteuropäischen Gegenwartskulturen

Bericht: Philipp Kohl

Vor zwanzig Jahren veröffentlichte die russisch-amerikanische Kulturwissenschaftlerin Svetlana Boym ihr Buch *The Future of Nostalgia* und hat damit Debatten weit über die Osteuropawissenschaften hinaus geprägt. Die Hauptthese ihres Buchs: Nostalgie kann nicht nur in die Vergangenheit, sondern auch in die Zukunft gerichtet sein, weil ein „Heimweh“ (so die wörtliche Bedeutung) nach etwas Vergangenem auch immer etwas darüber sagt, wie man sich die Zukunft vorstellt. Für den Bezug postsozialistischer Gesellschaften auf ihre Vergangenheit vor 1989 war Nostalgie ein zentrales Deutungsmuster. Doch ist sie das auch noch für die Gesellschaften der Gegenwart? Diese Frage stellte die Konferenz mit Beiträgen zu literarischen, (audio-)visuellen und theoretischen Aneignungen des Spätsozialismus unter dem Titel „Jenseits der Nostalgie“.

In seiner Einführung stellte Matthias SCHWARTZ (ZfL) den Nostalgiebegriff als einen erfolgreichen Export der

osteuropäischen Kulturwissenschaft vor, mahnte aber dessen begrenzte Haltbarkeit an. Er verwies dazu auf die Diagnose, die Ivan Krastev und Stephen Holmes 2019 in ihrem Buch *The Light That Failed* formulierten. Wenn die „Ära der Nachahmung“ zu Ende ist, Modelle

westlicher liberaler Gesellschaften in Osteuropa also nicht mehr imitiert, sondern mit illiberalen Gegenentwürfen beantwortet würden, dann erfordere dies auch eine Neureflexion der spätsozialistischen Gesellschaften. Nachdem sich Osteuropa von einer postnationalen Zukunft in eine nationalstaatliche Gegenwart bewegt habe – so die Ankündigung der Konferenz – werde die Zeit vor 1989 immer mehr als ein Raum der verpassten Chancen wiederentdeckt, als die Zukunft noch offen war.

Die Entscheidung der Organisator\*innen, dem Nostalgie-Paradigma keinen

monolithischen Alternativbegriff entgegenzusetzen, mochte auf den ersten Blick als terminologische Verle-

**Fachtagung der DGO-Fachgruppe  
Literatur- und Kulturwissenschaft  
11.–12. November 2021,  
Berlin und online**

**In Kooperation mit der Ludwig-Maximilians-Universität  
München (LMU) und dem  
Leibniz-Zentrum für Literatur-  
und Kulturforschung Berlin**



genheit erscheinen. Doch die Möglichkeit der Einzelbeiträge, das „Jenseits der Nostalgie“ gemäß den disparaten Kulturen Osteuropas individuell zu beschreiben, stellte sich als höchst sinnvoll heraus. Versammelt war ein breites Spektrum künstlerischer und theoretischer Neuaneignungen des Spätsozialismus in den Kulturen Mittel- und Osteuropas. Einerseits ging es dabei um gesellschaftliche Artikulationsformen, etwa im Beitrag zum neuerlichen historischen und soziologischen Interesse an Arbeitern und Bauern als politischem Subjekt des Spätsozialismus in Polen (Magdalena MARSZALEK) oder um die Frage nach dem „Postsozialen“ in Boris BUDENS Vortrag „Is there a society after socialism?“. Andererseits wurde das „Jenseits der Nostalgie“ als kulturelles Generationenproblem betrachtet, so in Nina WELLERS Beitrag zur Dekonstruktion des Hoffnungsmythos der Jugend der 1980er Jahre in neueren russischen Serien und Filmen oder in Zaal ANDRONIKASHVILIs Diskussion junger georgischer Gegenwartsautoren und ihrer Weigerung, sich auf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft positiv zu beziehen. Zwei Vorträge widmeten sich medialen Darstellungsweisen des „Ostens“ jenseits (n)ostalgischer Sentimentalitäten, so etwa Jeanette FABIANS Beitrag über einen Fotoband von Karel Cudlín und Jáchym Topol und die mit postsozialistischen Erfahrungen verbundene „(Un)Lust, Osteuropäer zu sein“, oder Otto BOELES Analyse des Topos russischer Rückständigkeit in zwei Blockbustern über sowjetische Fast-Katastrophen des Jahres 1985 (Salyut-7, Ledokol). Zwei durch ihre Konflikte mit dem russischen Staat berühmt gewordene Regisseure standen nicht mit ihren politischen Positionen, sondern mit ihren ästhetischen Verfahren im Fokus zweier Beiträge: Kirill Serebrennikovs Film *Leto* (2018), der laut Roman

DUBASEVYCH den „Kino“-Frontmann Viktor Coj „besser als das Original“ reinszeniert, und Oleh Sencovs *Nosorig* (2021) über einen Gangster der wilden 90er-Jahre, dessen Brutalität laut der Analyse von Barbara Wurm in seiner Jugend in der spätsowjetischen Ukraine entsteht.

Anna FÖRSTER (Erfurt) verwies in ihrem Beitrag auf eine bedenkliche Appropriation des Spätsozialismus in den USA: Seit den 2010er Jahren deuten amerikanische Konservative die Schriften von Dissidenten vor 1989 für ihre politische Agenda um. Am Beispiel des New Yorker Autors Rod Dreher zeigte Förster, wie die dissidentische Strategie, Politik jenseits von Institutionen zu betreiben, an unerwarteter Stelle wiederauftaucht. Für Dreher fällt die republikanische Partei als Repräsentant der christlichen Konservativen aus, nachdem sie Donald Trumps Präsidentschaft in den moralischen Verfall geführt hat. In seinem 2017 erschienenen Buch *The Benedict Option: A Strategy for Christians in a Post-Christian Nation* zitiert er den Essay *Die Parallele Polis* (1977) des katholischen tschechischen Dissidenten Václav Benda aus dem Kontext der Charta 77. Förster verwies in ihrem Beitrag auf die Widersprüche dieser sakralisierenden Rezeption, die sogar einen säkularen Intellektuellen wie Václav Havel vereinnahmt. Mit seiner referentiellen Vagheit entspreche Dreher dem, was der polnische Soziologe Zygmunt Bauman in seinem 2017 erschienenen Essay *Retrotopia* als Charakteristikum der „Retrotopie“ ausgemacht hat.

In seinem Abendvortrag analysierte Mark LIPOVETSKY (Columbia University) eine Reihe aktueller russischer Fernsehserien über die Sowjetunion seit der Tauwetterzeit. Sie fallen nicht in die Kategorie nostalgischer Vergangenheitserzählungen, da sie Aspekte des

spätsowjetischen Lebensstils am Rande der Legalität darstellen: Schwarzmarkt, Korruption, illegale Geschäfte, die marginalen Freiheitsräume von Bohème und Glamour. *Das Tauwetter* (*Ottepel'*, 2013, Regie: Valerij Todorovskij), von der Kritik als Antwort des Staatssenders *Pervyj Kanal* auf *Mad Men* von HBO gedeutet, erzählt aus der Perspektive eines Filmregisseurs von der kreativen Klasse nach der Stalinzeit. *Farca* (2015, Regie: Egor' Baranov), abgeleitet von *farcovka*, dem Slang-Ausdruck für den Schwarzmarkthandel mit Mangelware, schildert die Abenteuer von vier Moskauern, die sich zu Beginn der 1960er mit dem Verkauf von Röntgenbild-Schallplatten durchschlagen. *Die Optimisten* (*Optimisty*, seit 2017, Regie: Alexej Popogrebskij) über eine Gruppe von Diplomaten, die sich westliche Techniken der Medienmanipulation aneignen, um die internationalen Beziehungen der UdSSR zu steuern – in Lipovetskys Augen eine offensichtliche Anbiederung an Außenminister Sergej Lavrovs Kurs nach der Krimannexion. Fast karikaturhaft werde hier ein sozialistischer deep state bis hin zu einem fiktiven Staatsstreich gegen Chrusčev imaginiert. Die Serien interpretierte Lipovetsky als Baumansche Retrotopien, die einen „neokonservativen Gesellschaftsvertrag“ propagierten. Einzelne transgressive und rebellische Elemente würden aus der spätsowjetischen Geschichte ausgewählt, um den heutigen status quo zu rechtfertigen. Diese Retrotopien seien weder auf eine Vergangenheit noch auf eine Zukunft gerichtet, sondern auf Eskapismus.

Ihren Abschluss fand die Tagung mit einer Lesung der Berliner Schauspielerin und Musikerin Marina FRENK. Einen dezidiert antinostalgischen Titel hat sie ihrem

2020 im Wagenbach-Verlag erschienenen Debütroman gegeben: ewig her und gar nicht wahr, den Riccardo NICOLOSI (München) in seiner Einführung des Gesprächs als Eindeutschung eines russischen Idioms („davno i nepravda“) vorstellte. Wie die Autorin ist die Hauptfigur Kira in den 1990er Jahren aus der Republik Moldau nach Deutschland gekommen. Der Roman erzählt nicht nur von ihrem Leben als Künstlerin im Berlin der Gegenwart, sondern auch von der Geschichte ihrer jüdischen Familie im 20. Jahrhundert. In der Diskussion erläuterte Frenk die Komposition mit mehreren Ich-Erzählerinnen, Temporawechseln und Visionen zeitlich und räumlich unbestimmter Orte. Der Spätsozialismus, den die 1986 geborene Autorin selbst nicht bewusst erlebt hat, ist als Erbe der Vorgängergeneration latent immer anwesend. Für Frenk, die sich im Publikumsgespräch als „komplett unnostalgischen Menschen“ bezeichnete, stellt er jedoch keinen expliziten Bezugspunkt dar. Auf performative Weise verdeutlichte ihre Lesung die Dynamik einer Gegenwartsliteratur, die sich den etablierten Erinnerungs- und Erzählschemata der Nostalgie zu entziehen vermag.

Der Tagungsbericht ist am 10.12.2021 in H-Soz-Kult, unter [www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9217](http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9217) erschienen.

## From Berlin Wall to New Conflict: Eastern European Cleavages and Encounters

Bericht: Guram Kvaratskhelia

Fotos: Bernd Wannemacher

Das Symposium zum 70. Jahrestag des Osteuropa-Instituts (OEI) der Freien Universität Berlin bot eine multidisziplinäre Bestandsaufnahme der Ost-West-Verflechtungen und der langfristigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der Region. Die Panels des Symposiums widmeten sich drei zentralen Themen der aktuellen Entwicklungen in Osteuropa: der Konsolidierung und Stabilität von autoritären Regimen, dem Staatskapitalismus und dessen Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung und der bürgerlichen Kultur des Protests. Eine begleitende Ausstellung über die Geschichte des OEI ermöglichte einen Rückblick auf dessen Anfänge und wichtigste Stationen.

**Symposium**  
12.–13. November 2021, Berlin

In Kooperation mit dem  
Osteuropa-Institut der  
Freien Universität Berlin

Das erste Panel widmete sich politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen. Die Politikwissenschaftlerin Tomila LANKINA von der London School of Economics and Political Science zeigte Kontinuitäten vom Zarenreich über die Sowjetunion bis zum modernen Russland auf. Laut Lankina löschte die russische Revolution nicht alle sozialstrukturellen Unterschiede aus und vollzog daher

keinen kompletten Bruch mit der Vergangenheit. Im Gegenteil, konnten die Gruppen, die im Zarenreich über einen hohen Bildungsstand verfügten, ihren sozialen Status replizieren. Zahlreiche gesellschaftliche Anpassungsstrategien erlaubten es den Bildungsschichten, sogar das repressive Umfeld der UdSSR erfolgreich zu überleben. Das Erbe dieser sozialen Gruppen beeinflusst auch die politische Entwicklung des heutigen Russlands. Andrei YAKOVLEV von der Moskauer Higher School of Economics thematisierte die Entwicklung des russischen Wirtschaftssystems seit 1990 und dessen Verflechtungen mit der Politik. Der Versuch in den 1990er Jahren, eine liberale Marktwirtschaft in Russland aufzubauen, sei aus

strukturellen Gründen gescheitert, da russische Unternehmen nicht wettbewerbsfähig genug gewesen seien. Der Versuch in den Jahren 2004–2011, einen Staatskapitalismus à la China oder Südafrika einzuführen, sei aufgrund mangelhafter Regierungsführung gescheitert. Was wir seit 2012 in Russland beobachten, stelle ein neues Modell des Kapitalismus dar, das sich auf Import-

substituierung, sozialpolitische Stabilität und effizientes Regieren konzentrierte. Im besten Fall führe dieser Weg zur Marginalisierung des sozialpolitisch stabilen Russlands in der globalen Wirtschaft und im schlimmsten Fall zu einer Krise, die mit 1991 vergleichbar wäre. Henry HALE von der George Washington University beschäftigte sich mit der Rolle einzelner historischer Ereignisse für die Entwicklung von autoritären Systemen. Er schlug vor, nicht nur die strukturellen Faktoren des Autoritarismus in Betracht zu ziehen, sondern auch außergewöhnliche „Events“, die eine durchaus starke gesellschaftliche Wirkung haben. Die Spuren der Massenbegeisterung über die Annexion der Krim in Russland ließen sich beispielsweise in den russischen Fertilitätsraten beobachten. Andrei MELVILLE von der Higher School of Economics analysierte in seinem Vortrag die Struktur, den Aufbau und die Entwicklung des politischen Systems Putins und die Faktoren von dessen (In)stabilität.

Die zweite Diskussionsrunde widmete sich wirtschaftlichen Aspekten der Osteuropaforschung, insbesondere dem Staatskapitalismus. Mitchell ORENSTEIN von der University of Pennsylvania analysierte die wirtschaftlichen Auswirkungen der Auflösung der Sowjetunion und des Niedergangs des Sozialismus in Osteuropa. Der Übergang zum marktwirtschaftlichen System könne nicht nur auf Basis wirtschaftlicher Indizien verstanden werden. Man brauche eine Vielfalt von Datenquellen

und Ansätzen, um das Thema erfassen zu können. Einzelne gesellschaftliche Gruppen erlebten den Zerfall des Sozialismus und seine Konsequenzen auf unterschiedliche Weise. Orenstein stellte zwei verschiedene Modelle der postsozialistischen Entwicklung gegeneinander: die J-Kurve und den Katastrophen-Kapitalismus. Die J-Kurve beschreibt einen blitzartigen wirtschaftlichen Abschwung gefolgt von einem relativ stabilen Aufschwung. Der Katastrophen-Kapitalismus geht von einem dauerhaften Rückgang des Wohlstands nach dem Ende des Sozialismus aus. Nach Orenstein sind häufig beide Szenarien zeitgleich innerhalb desselben Landes in verschiedenen sozialen Schichten zu beobachten. Daher müsse man sich in der Analyse auf individuelle Erfahrungen einzelner Gruppen fokussieren. Sowohl die J-Kurven-Interpretation als auch das Szenario des Katastrophen-Kapitalismus seien korrekte Abbildungen der Realität, schlussfolgerte Orenstein. Daher sei es wichtig, die Transformation multidisziplinär und im Hinblick auf Ungleichheit zu erforschen. Laura SOLANKO vom Bank of Finland Institute for Emerging Economies (BOFIT) zeigte, wie externe globalwirtschaftliche Ereignisse und die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der russischen Regierung in den 1990er Jahren die russische Wirtschaftspolitik prägten. Laut Solanko führten die entfesselte Liberalisierung und Privatisierung jener Zeit sowie die darauffolgende Finanzkrise zu folgendem wirtschaftspolitischen Konsens: Aufbau von

Resilienz durch konservative Finanzpolitik und Bewahrung makroökonomischer Stabilität. Im 21. Jahrhundert habe sich die wirtschaftliche Sicherheit und Stabilität durchgesetzt, was allerdings nicht zu einer allgemeinen Verbesserung der materiellen Lage geführt habe. Die größte Herausforderung für die russische Wirtschaft, so Solanko, stelle die bevorstehende globale Energiewende dar, da sie eng mit Innovation und angewandten Forschungsprojekten, also mit riskanten Unternehmungen verbunden sei.



Gwendolyn Sasse



Ob der russische Staat fähig ist, sich dieser Herausforderung zu stellen, sei eine offene Frage. Paul GREGORY vom Hoover Institute warf einen Blick auf die Anfangsphase der volkswirtschaftlichen Forschung zum Thema Sowjetunion. Er skizzierte die wichtigsten Beiträge der frühen sowjetologischen Wirtschaftsforschung und beschrieb die einfache Beobachtung, den „naiven Empirismus“, als eine sehr erfolgreiche Methode zum Erforschen der intransparenten sozialistischen Staaten.



v.l.n.r.: Katharina Bluhm und Richard Sakwa

In der dritten Diskussionsrunde kamen Aktivist\*innen und Künstler\*innen aus Osteuropa zu Wort. Um welche Zukunft ging es den Protestierenden, die sich im Herbst 2020 nach den Präsidentschaftswahlen in Belarus an den Straßenprotesten beteiligten? Welche Bedeutung haben die Begriffe Freiheit und Transformation und wie stehen die Chancen für eine selbstbestimmte politische Transformation? Laut Taciana ARCIMOVIC, Künstlerin und Chefredakteurin der Internetplattform pARTisan, seien das die Fragen, die sich politisch unterdrückten Gruppen in Belarus stellen. Die Kunst und das geschriebene Wort gäben Antworten auf solche Fragen. Die polnische Aktivistin Klementyna SUCHANOW veranschaulichte das enorme Potential von Kunst als politisches Instrument. Die Mitbegründerin der Protestbewegung Allpolnischer Frauenstreik zeigte, wie Aktivist\*innen diverse künstlerische Maßnahmen ergreifen, um die Gesellschaft gegen die Bemühungen der Regierung zu mobilisieren, das Recht auf Abtreibung zu beschneiden. Dabei unterstrich Suchanow die Rolle digitaler Vernetzung für Protestbewegungen. Die Moskauer Künstlerin Wiktorija LOMASKO sprach über die gegenwärtige Lage der politischen Kunst in Russland und über die verheerenden Auswirkungen der Covid-19-Pandemie darauf. Zudem stellte sie dem Publikum eigene Arbeiten vor, in denen sie den Alltag der russischen Subkulturen und Aktivist\*innen grafisch darzustellen versucht.

Den Abschluss des Symposiums bildete eine Debatte über die „richtige“ europäische Strategie im Umgang mit Russland. Die Diskussion zwischen Gwendolyn SASSE vom Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und Richard SAKWA von der University of Kent lieferte kontroverse Perspektiven auf die aktuellen politischen Entwicklungen in Osteuropa. Sakwa verglich den heutigen Ost-West-Konflikt mit dem Kalten Krieg, ging aber davon aus, dass der gegenwärtige Konflikt länger als der im Kalten Krieg bestehen bleiben wird. Weil Multilateralismus einen enormen Einfluss auf das Regierungshandeln ausüben und somit die autoritären Tendenzen Russlands unterbinden könne, sei es notwendig darüber nachzudenken, wie Europa Russland fester in die internationale Gemeinschaft einbinden kann. Sasse äußerte mehr Skepsis über die Perspektiven des Dialogs mit Russland.

Das Symposium brachte zahlreiche Kontroversen in der Osteuropaforschung über die Bewertung der Entwicklungen im östlichen Europa zur Sprache und verdeutlichte die immense Bedeutung der Pluralität von Ansätzen zur Erforschung der Region.

## Russland und der European Green Deal – Konfrontation oder Perspektive für Zusammenarbeit?

Bericht: Robert Sperfeld

Screenshots: Marta Warmińska

Mit dem European Green Deal hat die EU ein politisches Projekt auf den Weg gebracht, mit dem die Ziele der wirtschaftlichen Entwicklung und die Begrenzung des globalen Klimawandels erreicht werden sollen. Die Umsetzung bedeutet nichts weniger als einen fundamentalen Umbau der gesamten Wirtschaftsweise, die bisher in sehr hohem Maße auf die Ausbeutung von fossilen Energieträgern ausgerichtet ist. Dabei sieht die Perspektive auf diesen Wandel für Russland, das bisher die Rohstoffe exportiert und daraus einen erheblichen Anteil seines Staatshaushaltes bestreitet, naturgemäß anders aus als für die EU, die durch eine Reduzierung des Verbrauchs fossiler Ressourcen potenziell jährlich hunderte Milliarden Euro für den Import einsparen kann. Russland ist für Europa bislang der wichtigste Energielieferant, aber auch ein bedeutender Emittent von Treibhausgasen und Ressourcenexporteur. Das Land bekommt die Folgen des Klimawandels schon jetzt zu spüren. Der Green Deal muss deshalb Russland mitdenken und mitnehmen.

Die Podiumsdiskussion zu diesem Themenkomplex eröffnete der Träger des diesjährigen Alternativen Nobelpreises Wladimir SLIWJAK. Der Mitbegründer und Vorsitzende der russischen Umweltorganisation EcoDefense sieht das Jahr 2021 als bedeutenden Wendepunkt in der russischen Klimapolitik. Nach Jahren der Verweigerung eines ernsthaften Diskurses über den Klimawandel hat Präsident Putin in diesem Jahr vor der Glasgower Klimakonferenz die Dekarbonisierung Russlands bis 2060 zum Ziel erklärt. „Dennoch dürfen wir uns nicht täuschen lassen. Die schönen Worte stimmen nicht mit der Realität überein. Denn nach wie vor plant Russland nahezu eine Verdoppelung der Kohleförderung innerhalb der nächsten 15 Jahre und eine Ausweitung der Gasproduktion. Von einer Ausrichtung auf Klimaschutz sind wir weit entfernt, vielmehr geht es mit der neuen Rhetorik um einen schönen Schein für die westlichen Wirtschaftspartner.“ Die russische Regierung kalkuliert auf Basis einer eigenen Methodik eine Kompensation der anhaltenden Emissionen durch die Kohlenstoffspei-

del hat Präsident Putin in diesem Jahr vor der Glasgower Klimakonferenz die Dekarbonisierung Russlands bis 2060 zum Ziel erklärt. „Dennoch dürfen wir uns nicht täuschen lassen. Die schönen Worte stimmen nicht mit der Realität überein. Denn nach wie vor plant Russland nahezu eine Verdoppelung der Kohleförderung innerhalb der nächsten 15 Jahre und eine Ausweitung der Gasproduktion. Von einer Ausrichtung auf Klimaschutz sind wir weit entfernt, vielmehr geht es mit der neuen

**Podiumsdiskussion**  
15. November 2021, online

In Kooperation mit der  
Heinrich-Böll-Stiftung

Rhetorik um einen schönen Schein für die westlichen Wirtschaftspartner.“ Die russische Regierung kalkuliert auf Basis einer eigenen Methodik eine Kompensation der anhaltenden Emissionen durch die Kohlenstoffspei-



Wladimir Sliwjak



Tatiana Lanshina



Sascha Müller-Kraenner

cherung in den Wäldern und die Kohlenstoffabscheidung. Ein Bewusstseinswandel trete aber zunehmend bei russischen Unternehmen ein. Vor allem die konkreten Pläne der EU zur Einführung einer CO<sub>2</sub>-Abgabe für Importe (CBAM) hätten diese aufgeschreckt. Die Reduzierung der Treibhausgasemissionen wird damit zur Voraussetzung für langfristige Wettbewerbsfähigkeit.

Auch Tatiana LANSHINA, Wissenschaftlerin an der Russischen Präsidentenakademie für Volkswirtschaft und Management (Ranepa), sieht noch keine echte Trendwende in der Politik. Russland stehe erst am Anfang einer dynamischen weiteren Entwicklung der Klimapolitik, da der Druck der globalen grünen Transformation anhalten wird. „Man sieht zum Beispiel, dass die erneuerbaren Energien auch in Russland langsam wettbewerbsfähig werden, das hatte man bis vor wenigen Jahren noch nicht für möglich gehalten. Bei einer Ausschreibung für neue Stromerzeugungskapazität im September in Sibirien gewann ein Anbieter von Windenergie. Ein positives Zeichen sei auch die Entstehung eines Clusters der Windkraftbranche in der Region Uljanowsk.“

Aus Sicht des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft bestätigt Martin HOFFMANN, Leiter des Arbeitskreises Energie des Wirtschaftsverbands, die neue Offenheit russischer Partner, auch Projekte für das kommende Zeitalter der dekarbonisierten Wirtschaft zu

besprechen. Die Risiken des Klimawandels würden in Russland nicht zuletzt auch durch die Erfahrungen der letzten Jahre mit Waldbränden und immensen Schäden an der Infrastruktur durch die auftauenden Permafrostböden immer stärker ins Bewusstsein rücken. Die gesteckten Ziele des Green Deal in Europa erforderten aber vor allem den Ausbau der erneuerbaren Energien. „Es ist eine Frage an die Energiewirtschaft in Europa, wie schnell der Ausbau der erneuerbaren und damit die Verringerung der Verbrennung fossiler Energieträger gelingt. Gas ist der Brennstoff mit der vergleichsweise günstigsten CO<sub>2</sub>-Bilanz und wir werden ihn vorerst noch eine Weile als Brücke benötigen, um die Versorgungssicherheit in Europa zu gewährleisten.“

Sascha MÜLLER-KRAENNER, Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe (DUH), verwies auf die spezifischen Eigenschaften dieser „Gas-Brücke“: „Wir müssen aufpassen, welche Investitionen wir jetzt in Erdgasinfrastruktur tätigen, damit wir nicht in Pfadabhängigkeiten geraten und ‚stranded assets‘ produzieren. Wir reden von zehn bis 15 Jahren, in denen wir noch Gas benötigen. Deshalb muss man sich fragen, welche Vorhaben noch in die Zeit passen. Und da gibt es ein Vorhaben, die Nord Stream 2 Pipeline, die mit der Perspektive auf jahrzehntelange Gasversorgung eben ganz klar nicht mehr in diesen Rahmen passt. Nord Stream 2 ist mit dem European Green Deal einfach



Martin Hoffmann



Stefanie Harter

nicht vereinbar.“ Die Neuorientierung der Handelsbeziehungen mit Russland im Zuge reduzierter Importe fossiler Energieträger sieht Müller-Kraenner sowohl in direkten Exporten von erneuerbar erzeugter Elektrizität über Stromleitungen als auch in Partnerschaften zur Erzeugung grünen Wasserstoffs. Dieser kann in Deutschland und der EU nicht im benötigten Umfang selbst erzeugt werden. Leider liege der Fokus in Russland bislang zu sehr auf nicht-klimaneutralem Wasserstoff.

Umso wichtiger sei es jetzt, so ergänzt Sliwjak, die klare Botschaft aus der EU zu haben, dass nur grüner Wasserstoff nachgefragt wird. Wenn es deutlicher wäre, dass die EU nur grünen Wasserstoff kauft, so würden russische Unternehmen sich auch darauf einstellen. Dem entgegnet Martin Hoffmann, grüner Wasserstoff stünde zunächst nicht in ausreichenden Mengen zur Verfügung. Wolle man eine schnelle Umstellung klimaschädlicher Industrien, so müsse man auch unter klimapolitischen Aspekten schnell große Mengen Wasserstoff verlässlich zur Verfügung stellen und dabei auch auf den CO<sub>2</sub>-armen, den sogenannten ‚blauen Wasserstoff‘ aus Erdgas mit Abscheidung und Einlagerung des Kohlenstoffs, zurückgreifen. Dies sei auch der bessere Weg, um Russland eben nicht vor den Kopf zu stoßen, sondern mit auf den Weg des Wandels zu nehmen. Auch zur Nord Stream 2 Pipeline vertrat der Repräsentant des Wirtschaftsverbands eine andere Auffassung als Müller-Kraenner. Sobald sie vorhanden ist, müsse die neue Pipeline nun auch im Interesse des Klimaschutzes genutzt werden. Der Transport des Gases durch diese modernen Röhren sei um vieles energieeffizienter als aus den alten Gasröhren. Im Hinblick auf den Ressourcenbedarf der neuen

grünen Technologien wie Elektromobilität und auf die Einhaltung der Menschenrechte an den Förderstandorten bestand in der Runde Einigkeit: Die Einhaltung von Umwelt- und Menschenrechtsstandards müsse von europäischer Seite u.a. über die im Rahmen der Green-Deal-Pakete vorgesehenen Lieferkettengesetze noch besser sichergestellt werden. Zustände wie etwa bei der aktuellen Praxis der Kohleförderung für den Export nach Deutschland, bei der u.a. Umweltstandards und Rechte von indigenen Völkern massiv verletzt werden, müssten verhindert werden.

Wirtschaftliche Umstrukturierungen in Russland hingen vor allem von der Exportnachfrage ab, so Sliwjak. Die russische Führung unterdrücke die Zivilgesellschaft im Land in hohem Maße, Organisationen wie EcoDefense werden von den Behörden stark behindert. Viele müssen sich als „ausländische Agenten“ bezeichnen, andere müssen sich auflösen. So könne aus der russischen Gesellschaft heraus keine Veränderung angestoßen werden. Die neue Dynamik im Diskurs über Klimapolitik und Dekarbonisierung in Russland könnte aber immerhin dazu führen, so bringt Tatiana Lanshina abschließend ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass die russische Wissenschaft die Themen rund um den Klimawandel und die technologische Transformation für die Dekarbonisierung nicht länger vernachlässigt. Auch in diesem Bereich gäbe es viel Potenzial für Zusammenarbeit mit deutschen Partnern.

Mitschnitt unter: <https://www.youtube.com/watch?v=Squ3Xa0GYcE>

## Impressum

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V.  
Schaperstr. 30  
10719 Berlin

Geschäftsführung:  
Dr. Gabriele Freitag

T 049 (0) 30 214 784 12  
F 049 (0) 30 214 784 14  
E [info@dgo-online.org](mailto:info@dgo-online.org)  
W [dgo-online.org](http://dgo-online.org)

Redaktion und Satz: Olessia Seminina  
Satz: Marta Warmińska  
Redaktionsschluss: 15.01.2022

Fotos auf den Seiten: 2-3, 41, 42 - ©Ole Witt; 11, 24 und 31 - ©Herder-Institut;  
49 - ©reibai, Lizenz CC BY 2.0; 46, 47 - ©ZZF Potsdam; 52, 53 - ©Bernd Wannemacher

Die DGO erhält eine institutionelle Förderung vom Auswärtigen Amt.



